

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Samstag, 30. August 1924.

Nr. 205.

Umgefallen.

Das trotz aller deutschnationalen Dementis seit einer Woche allgemein erwartete Ereignis des Umfalls der deutschnationalen Partei bei der Abstimmung über die Dawesgesetze ist eingetreten. Der Wahlkampf im Frühjahr wurde von fast allen Parteien im Reiche unter der Losung des Für oder Wider des Sachverständigengutachten geführt. Die Parteien der Mitte und die Sozialdemokratie setzten sich bei aller Kritik, die insbesondere die Vereinigte sozialdemokratische Partei an den Vorschlägen des Generals Dawes übte, für die Annahme ein. Die Parteien der Kommunisten und der Völkischen, die prinzipiell antiparlamentarisch und antidemokratisch eingestellt sind, konnten sich — das billige Schlagwort des rückwärtslosen Kampfes gegen das Gutachten leistend. Aber auch jene Partei, die nicht nur auf den größten Wählerzuwachs rechnete, sondern auch ihre Politik im Auftrage großer Teile der deutschen Wirtschaft führt, die deutschnationalen Volkspartei trat in den Wahlkampf mit der Parole der Ablehnung des Gutachtens ein. Die Deutschnationalen haben es dann durch ihren Auszug aus dem Reichstag ermöglicht, daß die Regierung Marx-Stresemann in Vertretung des deutschen Volkes nach London gehen konnte. Nach der Beendigung der Konferenz jedoch eröffneten sie von neuem einen wütenden Kampf gegen die Londoner Abkommen, die sie als Verrat am deutschen Volke und als den Ruin der deutschen Wirtschaft hinstellten. Allerdings war es vom ersten Augenblick vielen wahrscheinlich, daß der deutschnationale Kampf nur den einen Zweck habe, der Regierung innerpolitische und wirtschaftliche Zugeständnisse an die Junker zu erpressen, die die finanziellen und politischen Hintermänner der Tirpitz-Hergt-Partei darstellen. Die Deutschnationalen mußten schließlich die Auflösung des Reichstages fürchten, weil sie das Ende ihrer kurzen Herrlichkeit bedeutete. Aber auch den Parteien der Mitte kam ein Umfall der Deutschnationalen gelegener als eine Reichstagsauflösung mit folgenden Neuwahlen und Volksentscheid, weil auch die deutsche Volkspartei, der Stresemann angehört, eine rein kapitalistische Partei ist und im Kampfe um die Verteilung der Lasten des Dawesgutachtens die Deutschnationalen auf ihrer Seite haben möchte. Die Sozialdemokratie hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Neuwahlen und den Volksentscheid gefordert.

Zunächst wird der Umfall der Deutschnationalen zwei Folgen zeitigen. Die Verträge von London werden in kürzester Frist in Kraft treten. Innerpolitisch bedeutet die gestrige Abstimmung im Reichstag das Fiasko der deutschnationalen Revanchepolitik und den Triumph jener Politik der Erfüllung und Veröhnung, die von den sozialdemokratischen Reichskabinetten und nach ihnen von Birih und Rathenau gemacht wurde. Die Demagogie der deutschnationalen Revanchepolitik ist enthüllt, und wenn es in Deutschland eine urteilsfähige öffentliche Meinung gibt, dann sind die Deutschnationalen moralisch gerichtet. Aber die gestrige Abstimmung im deutschen Reichstag, die das Abkommen von London unter Zustimmung der Deutschnationalen Volkspartei zum verfassungsändernden Reichsgesetz machte, bedeutet auch die Herstellung einer einheitlichen Kampffront der deutschen Bourgeoisie, die Erreichung jenes Zieles, mit dem die kapitalistischen Parteien in den Wahlkampf gezogen waren, des Bürgerblocks. Die Deutschnationalen werden — das läßt sich schon zur Stunde, da noch nicht alle ihre Bedingungen im einzelnen bekannt sind, sagen — ihre Zustimmung nicht billig verkauft haben. Die Rechnung sollen die breiten Massen des Volkes bezahlen. Die Sozialdemokratie war sich, als sie für das Sachverständigengutachten eintrat, wohl bewußt, daß der Dawesplan eine Reihe erster Ge-

Zu Kreuze gefrochen.

Glücklicher Umfall der Deutschnationalen. — Ein denkwürdiger Gesinnungsandal. — Die Hälfte der Deutschnationalen unter Führung der Primadonnen Tirpitz, Wallraff, Fürst Bismard stimmen für den Londoner „Schmachvertrag“.

Berlin, 29. August. (Eigenbericht.) Das verfassungsändernde Eisenbahngesetz hat heute bei der endgültigen Abstimmung die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit erhalten. Es stimmten für das Gesetz 314, dagegen 127 Abgeordnete. Die Auflösung des Reichstages kommt also nicht mehr in Frage. Die anderen Gesetze sind mit einfacher Mehrheit angenommen worden. Eine Anzahl Deutschnationaler hat bei der Abstimmung mit „Ja“ gestimmt. Damit sind die Londoner Vereinbarungen vom deutschen Reichstag genehmigt worden.

Berlin, 29. August. (Eigenbericht.) Bis gegen Mittag war es immer noch unbestimmt, wie sich die Deutschnationalen entscheiden würden. Gestern abends und heute vormittag wurde eifrig zwischen ihnen und den Volksparteilern verhandelt und man wollte wissen, daß die Volkspartei als Preis für den Umfall einige Ministerposten, die Zollvorlage und den späteren Rücktritt der Regierung Marx versprochen hätte.

Um endlich Klarheit über diesen Schacher zu schaffen, versuchte Genosse Breitscheid durch einige prägnante Anfragen an die Regierung in der Reichstagsfraktion vom Vormittag zu erfahren, was davon richtig sei. Der Reichskanzler Dr. Marx stellte alles in Abrede. Er behauptete auch, daß kein Mitglied des Kabinetts an den Verhandlungen beteiligt gewesen sei. Am Nachmittag hatte man erfahren, daß die deutschnationalen Anträge vom Kabinett endgültig abgewiesen worden waren.

Nachdem bei den ersten Abstimmungen die deutschnationalen Abänderungsanträge abgelehnt worden waren, glaubte man allgemein, daß die Deutschnationalen jetzt zur Ablehnung der Dawesgesetze entschlossen wären; aber es kam anders. Sie stimmten allerdings noch gegen die ersten Gesetze, bei denen nur einfache Mehrheit erforderlich war, aber

bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz halfen sie dazu, daß es die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erhielt.

Das Ergebnis der Abstimmung war, daß 314 Abgeordnete mit „Ja“ und 127 mit „Nein“ gestimmt hatten.

55 Deutschnationalen hatten eine „Ja“-Karte abgegeben und damit den Umfall ihrer Fraktion besiegelt, zugleich aber das Eisenbahngesetz gerettet.

Von bekannten Deutschnationalen waren unter den „Ja“-Sagern der württembergische Ministerpräsident Bazille Fürst von Bismard, der

fahren birgt. Der Kampf in Deutschland wird darum geführt werden, ob das Proletariat oder die Besitzenden die Lasten der Erfüllungspolitik zu tragen haben. Hätten die Deutschnationalen ihre Zustimmung verweigert, und wäre nach den Neuwahlen ein Reichstag zusammengetreten, in dem die Sozialdemokratie weit stärker vertreten gewesen wäre, so hätte sich die Möglichkeit einer Lösung im Sinne der Arbeiterschaft leichter ergeben. Nun wird es schwere Kämpfe kosten, bis der Widerstand der großkapitalistischen Volkspartei und der agrarischen Deutschnationalen überwunden und die Verteilung der Lasten in einigermaßen gerechtem Sinne festgelegt sein wird. Deutschland steht vor einer Aera schwerster Klassenkämpfe.

Netzt wird das Moment schwerwiegend in Erscheinung treten, das seit Jahren das Unglück des deutschen Proletariats bedeutet: die Uneinigkeit der deutschen Arbeiter-

Enkel des alten Reichskanzlers, der Reichstagspräsident Wallraff und der frühere Großadmiral von Tirpitz.

Nach der Verkündung des Ergebnisses fielen von den Bänken der Kommunisten und Deutschvölkischen Fraktionen wie „Landesverräter“ und andere Schimpfwörter. Sodann beantragten die Kommunisten die Herbeiführung eines Volksentscheides, durch den die Ausführung der Gesetze um mindestens zwei Monate verzögert werden wäre. Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung, die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil der Volksentscheid zwecklos sei, nachdem die Gesetze im Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen wären. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt. Mitten im wilden Lärm und deshalb kaum verständlich, gab dann der Deutschvölkische Graese eine Erklärung ab, wonach der Reichstag, vor allem aber die Deutschnationalen am zehnjährigen Gedächtnis der Schlacht von Tannenberg ein sühntbares Nationalverbrechen begangen hätten. Ein Mißtrauensvotum der Völkischen gegen die Regierung wurde mit 251 Stimmen gegen 91 bei 85 deutschnationalen Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen neun Uhr abends vertagte sich der Reichstag auf Sonnabend.

Ein verlegener Rechtfertigungsversuch. Die Deutschnationalen wollen auch schon in die Verräter-Regierung.

Berlin, 29. August. (Wolff.) In einer Mitteilung der deutschnationalen Parteileitung zu der heutigen Abstimmung im Reichstag wird darauf hingewiesen, daß die beiden in Erscheinung getretenen Anschauungen nicht auf einem Gegensatz der Grundauffassungen, sondern lediglich auf der differenzierten Beurteilung der Lage beruhen. Während die Abgeordneten, die mit „nein“ stimmten, dem Gedanken der Unverträglichkeit des Londoner Abkommens den Vorrang liehen, gingen die „Ja“-Stimmen auf die Erwägung zurück, daß durch Vermeidung einer akuten Krise, durch Beteiligung

partei! Nach wie vor stehen sich die deutschen Arbeiter in zwei feindlichen Lagern gegenüber, und gerade der Kampf um die Dawesgesetze hat die Feindschaft vertieft und die Leidenschaften des Brüderkampfes zur Gluthitze gesteigert. Nur in seiner Geschlossenheit könnte das deutsche Proletariat stark genug sein, alle Angriffe der Bourgeoisie abzuwehren. Wir können kaum hoffen, daß die aller nächste Zeit diese notwendige Einigung und damit einen durchschlagenden Erfolg der Arbeiterschaft bringt. Erst die reinliche Scheidung, die sich dann durch die Teilnahme der Deutschnationalen an der Erfüllungspolitik der Regierung Marx-Stresemann zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie herausgebildet hat, wird sich dahin auswirken, daß große Teile der deutschen Arbeiter zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Stunde gelangen und ins Lager der Sozialdemokratie zurückkehren.

der Deutschnationalen an der Regierung und durch Einflußnahme auf die Durchführung des Abkommens der augenblicklichen Notwendigkeit genügt werde.

In dem Kommuniqué wird schließlich erzählt, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen ihren Beschluß mitgeteilt habe, daß sie für den Fall, daß die Deutschnationalen die Verantwortung am Zustandekommen des Londoner Abkommens mit übernehmen, mit allen Mitteln auf ihrer Beteiligung an der Reichsregierung bestehen werde.

Aufrollung der Kriegsschuldfrage?

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 29. August. (Wolff.) Aus Anlaß der Verabschiedung der Dawesgesetze erläßt der Reichskanzler namens der Reichsregierung eine Kundgebung, in der sie allen Mitgliedern des Reichstages, die zu diesem Ergebnisse beigetragen haben, ihren Dank ausspricht und dann den Standpunkt der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage wie folgt darlegt:

Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch keinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. So lange das nicht geschehen ist und so lange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gekennzelter wird, kann die wahre Verständigung und Veröhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Die Aufnahme in Paris.

Paris, 29. August. Die Nachricht, über die definitive Genehmigung im Reichstage hat in hiesigen politischen und diplomatischen Kreisen den in den letzten Tagen vorherrschenden Pessimismus und die vielfach geäußerten Befürchtungen verschont. Obwohl die morgige Schlusssitzung der Londoner Abkommen feststehend, befürchtete man für den Fall einer Auflösung des Reichstages eine Periode der Ungewissheit, welche bis zur Durchführung der Neuwahlen in Deutschland verschiedene mit der Ausführung der Londoner Protokolle zusammenhängende Maßnahmen verzögert hätte. Die nunmehr erfolgte Entspannung wird mit Befriedigung verzeichnet, dies um so mehr, als auch hier befürchtet wurde, daß die Komplikationen in Deutschland nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Stimmung in England bleiben würden, wo bekanntlich von gewissen Seiten eine Oppositionsstellung gegen die Abkommen eingenommen wird. Angesichts der Berliner Entscheidung ist nun auch die Ernennung der im Dawesplan vorgesehenen Funktionäre durch die Reparationskommission als unmittelbar bevorstehend, vielleicht noch heute abends zu erwarten.

Heute Unterzeichnung.

Berlin, 29. August. (Wolff.) Der deutsche Botschafter in London Dr. Schamer hat heute nachmittags Anweisung erhalten, die Londoner Abmachungen morgen zu unterzeichnen.

Eine sozialpolitische Konferenz.

Genf, 29. August. (Eigenbericht.) Am 8. September wird in Bern eine Zusammenkunft der Arbeitsminister von England, Deutschland, Belgien und Frankreich erwartet. Die Minister wollen sich über das Washingtoner Achtstundentag-Abkommen und über allgemeine Arbeitsfragen unterhalten. Die Konferenz wird vertraulicher Natur sein.

Die kommunistische „Diskussion“.

Ueber die nationale Frage.

Den Führern der K.P.C. wurde in Moskau Apathie, Schwankende und zu sehr rechts gerichtete Orientierung und insbesondere Opportunismus in der Beurteilung der deutschen Revolution und der Fragen der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und der Nationalpolitik vorgeworfen. Damit wurde eigentlich nur festgestellt, daß die Krise, von der die gesamte kommunistische Internationale erfaßt ist, in der K.P.C. besonders deutlich und durch die in der Tschechoslowakei aktuellen Probleme auch vielfältig in Erscheinung tritt. Da aber das vernichtende Urteil Sinowjews über die Haltung der K.P.C. von deren Führern nicht bestätigt wurde, andererseits aber sich sofort eine Opposition zeigte, die anscheinend stärker als die bisher maßgebende Richtung, die Exekution der Moskauer Aufträge forderte, entstand ein offener Konflikt, der nun durch eine Diskussion in Partei und Presse ausgetragen werden soll. Die Gegenstände dieser Diskussion sind, wie gesagt, zu zahlreich, als daß man sie samt und sonders in einem Aufsatz besprechen könnte. Alle die Streitfragen aber haben das Eine gemeinsam, daß sie und ihre Behandlung in der kommunistischen Diskussion durchwegs de umorientierung des gesamten Bolschewismus und nicht nur etwa eines oder mehrerer Teile, beispielsweise des rechten Flügels, bedeuten.

Am deutlichsten tritt dieser Umschwung des Denkens und der Methoden in der Stellung der K.P.C. zur nationalen Frage in Erscheinung. Der zweite internationale kommunistische Kongreß hatte seinerzeit Beschlüsse zur Nationalitätenfrage ausgesprochen, die die sogenannte „Entwässerung“ der kapitalistisch-nationalistischen Politik forderten, im übrigen aber als Hilfsmittel gegen nationale Unterdrückung die „Sowjetordnung“ empfahlen. Im Schlupfpassus dieser sogenannten Leninischen Thesen wird auch von der Anerkennung des Rechtes unterdrückter Nationen auf „staatliche Absonderung“ gesprochen, welche Anerkennung (oder Absonderung) aber nur dann einen Sinn habe, wenn sie „revolutionäre Bewegungen“ unterstütze. Nicht einmal um diese sehr verflaumte Formel über das Selbstbestimmungsrecht haben sich die kommunistischen Parteien, insbesondere die tschechoslowakische, bisher gekümmert. Im Gegenteil: die Reichsbanner-Ligen vertagten auf ihrem Gründungskongreß die ganze Nationalpolitik bis auf die Zeit nach der siegreichen sozialen Revolution und der erste Parteitag der K.P.C., der sich mit der Forderung nach „Beseitigung aller nationalen und sprachlichen Vorrechte“ begnügte, erklärte sich im übrigen ausdrücklich für „keine Absonderung der arbeitenden Bevölkerung der verschiedenen Nationen weder im Schulwesen, noch in der übrigen Verwaltung auf Grund einer territorialen oder personal-nationalen Autonomie“. Für die Slowakei wurde „Selbstverwaltung in Gemeinde, Bezirk und Kreis“ gefordert, für Karpathorussland vollständige Autonomie und Selbstbestimmungsrecht. Von Deutschböhmen und den Deutschen wurde in dieser Resolution überhaupt nicht gesprochen. Diese in bezug auf die Selbstbestimmung der Deutschen typisch tschechisch-staatserhaltende Politik war nicht nur die Politik der tschechischen Kommunisten, sondern Kreibich, der Führer der deutschen Kommunisten, identifizierte sich vollkommen mit diesen sonderbaren national-bolschewistischen Richtlinien Smerals. Die papierenen Beschlüsse der K.P.C. über die Slowakei und Karpathorussland taten niemandem weh, die Leitlinie Lenins zur nationalen Frage ließen die tschechoslowakischen Kommunisten auf dem Papier stehen und in Moskau scherte man sich

einen blauen Teufel um diese brennendste Frage des deutschen und tschechischen Proletariats in diesem Lande. Auf dem letzten Moskauer Kongreß aber wehte ein anderer Wind. Die Lenker der kommunistischen Internationale, am Ende ihrer Phrasen und Parolen angelangt, gescheitert mit allen Butsch- und Zerlegungsmethoden, sahen sich jetzt gezwungen, reale Politik zu treiben und auch in nationalpolitischen Hinsicht den tatsächlichen Verhältnissen und den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Man begann sich darum auf das nationale Programm Moskaus und ging mit den „opportunistischen“ Führern der K.P.C. auch in dieser Hinsicht ins Gericht. Man uilski forderte den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkung und tadelte in seinem Referat, daß „in keiner Resolution der tschechoslowakischen Partei ein Hinweis auf das Recht der Loslösung der deutschen Bevölkerung zu finden ist. Kreibich erklärte sich in der Debatte für das Recht der Slowakei auf Autonomie und Karpathorusslands auf Loslösung von der Tschechoslowakei, sprach sich aber gegen die Loslösung der deutschen Gebiete von Böhmen aus. Gegen ihn sprachen Sommer und Manuilski, der im Schlusswort folgendes bemerkte:

„Einen ebenso schweren Fehler sehen wir bei Kreibich. Er behauptet, daß die tschechoslowakische Partei nicht für die Loslösung des deutschen Teiles der Tschechoslowakei eintreten könne, da es keine separatistische Bewegung unter den Deutschen gäbe. Selbst wenn dies tatsächlich so wäre, würde das Argument nicht stichhaltig sein, denn der Bolschewismus ist stets für das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten. Kreibich hat in der Kommission sogar behauptet, das tschechoslowakische Programm könne in dieser Hinsicht über die Autonomie nicht hinausgehen. Hierin steckt noch ein Ueberrest der alten Sozialdemokratie. Die Sache wird erst durch, daß Kreibich in der nationalen Frage in seiner Partei auf dem linken Flügel steht, denn der übrige Teil der Partei verweigert selbst der Slowakei die Autonomie. Hier bleibt daher noch eine starke Portion Nationalismus rücksichtslos zu bekämpfen. Wir werden zwar die gesamte bürgerlich-öffentliche Meinung gegen uns heraufbeschwören, man muß aber den Mut aufbringen, ihr die Stirn zu bieten. Das ist das einzige Mittel, eine wirkliche kommunistische Partei zu schaffen.“

Der Hinweis Manuilskis auf die „alte Sozialdemokratie“ ist völlig falsch und entschert, gerade mit Rücksicht auf die Haltung Kreibichs, nicht des Reizes. Kreibich, der jetzt, als deutscher Kommunist, zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auf tschechisch-nationalem Standpunkt steht, war früher, als er noch der „alten Sozialdemokratie“ angehörte, ein unbedingter und sehr radikaler Verfechter eben dieses Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen. Wenn er heute das Gegenteil will, so ist dieser Gesinnungsumschwung so zu erklären, daß Kreibich laut bisheriger kommunistischer Anschauung die Arbeiter auf das nationale Recht bis zur „Sowjetordnung“ verdrängen durfte und daß er inzwischen die Schule Smerals genossen hat, dessen „bolschewistische“ Ansichten in dieser Frage sich mit denen Kramars und Sramkels decken.

Zu einem Beschluß in der nationalen Frage ist der Moskauer Kongreß nicht gekommen. In der K.P.C. aber wird auch hierüber jetzt eine Debatte abgeführt, die vorwiegend von deutscher Seite bestritten wird. Einer der Diskussionschreiber, das kleine „F“ hat im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß vor dem Kongreß „kein einziger führender Genosse außer Kreibich“ die nationale Frage erörtert hat und daß auch in der tschechischen kommunistischen Presse „noch niemals“ über die-

ses Problem geschrieben wurde. Es scheint, daß es auch jetzt, in und nach der „Diskussion“, so bleiben wird. Von den tschechischen Kommunisten, die erst Tschechen und dann gewöhnlich noch keine Kommunisten sind, haben es nun nur sehr wenige, darunter „E. J.“ sehr verflaumt und unter „revolutionären“ Vorbehalten das Wort für das allgemeine Selbstbestimmungsrecht ergriffen. Von den deutschen Debatanten tritt nur der genannte Sommer für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht ein, während der Rufer im Streit gegen Kreibich und Smeral, Herr Neuraich, zwar die Leninischen nationalen Thesen vollkommen in die K.P.C. übernehmen will, die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes aber gleichfalls von den „revolutionären Zweckmäßigkeitsgründen“ abhängig macht. Erst „im Augenblick einer siegreichen deutschen Revolution“ wird Herr Neuraich die Frage der „sofortigen Loslösung“ — prüfen. Kreibich dagegen, der in seinem Diskussionsartikel feststellt, daß „diesmal die ganze Partei von der Krise erfaßt ist“ — für diese Krise ist, wie mehrfach erwähnt, der Streit um die nationale Frage nur ein Symptom — Kreibich, der weiß, daß es „um das ganze Schicksal der Partei geht“, steht jetzt gegen den Vortourismus Opportunismus in der nationalen Frage, wie folgt zur Wehr. Er schreibt:

„Ich habe mich auf dem Kongreß und in der Kommission gegen einige doktrinaire, hyperradikale und meines Erachtens unkommunistische Ansichten und Resolutionen gewehrt, weil dieselben die konkreten Verhältnisse ganz außeracht ließen und, soweit die Tschechoslowakei in Frage kommt, einzig das Interesse der Minderheiten im Auge hatten, aber die nationalen Existenzgrundlagen der Gesamtheit der beiden Teile der tschechoslowakischen Mehrheitsnation ignorierten, die, im europäischen Maßstab gemessen, eine kleine, in ihrer nationalen Existenz durch jede Machtverschiebung bei den großen Nationen und Staaten gefährdete Nation ist, deren Verhältnis zu dem deutschen Volke man nicht auf dieselbe Stufe stellen kann, wie das Verhältnis der Engländer zu Irland oder Juden. Dieser mein „Opportunismus“ wird natürlich auch nicht dadurch gemildert, daß die im Gegensatz zu mir ganz und gar rein leninistisch und unbestritten links eingestellten Genossen aller Nationen auf dem fünften Weltkongreß nicht imstande waren, ihren Leninismus gerade in dieser Frage in der Form klarer Resolutionen oder Thesen zu offenbaren. So ging der Kongreß und ging auch die erweiterte Exekutive auseinander, ohne in der so wichtigen und brennenden Frage überhaupt einen Beschluß gefaßt zu haben.“

Die „nationalen Existenzgrundlagen der Gesamtheit der beiden Teile der tschechoslowakischen Mehrheitsnation, das ist eben, wie Kreibich frei nach Smeral lehrt, der tschechoslowakische Staat. Kreibich spricht hier verblümt aus, was Smeral verschweigt. Dieser, das Haupt und der geistige Führer der K.P.C., hält es nicht für notwendig, in die Diskussion auch nur mit einem Worte einzugreifen. Er läßt die anderen sich am Papier austoben und wird erst nachher sein Schifflein nach dem Winde richten. Und wenn der Sturm ausgeht hat, wird er das Steuer dorthin wenden, wohin ihn sein so völlig unkommunistisches und lauter-tschechisches Herz treibt.

Mikalidter Blutverlust in Portugal.

Lissabon, 29. August. (Dabas.) Die Radikalen und Kommunisten griffen das Fort St. Georg an und verhafteten drei Offiziere. Die Manifestanten wurden vom Militär durch Gewehrfeuer vertrieben. 19 Angreifer wurden verhaftet. Die Ruhe wurde wiederhergestellt.

Inland.

Ernennung der Bezirksverwaltungs-Kommissionen.

Wir haben über die durch die tschechische Presse gegangenen Meldungen, die dahin lauteten, daß die neuen Bezirksverwaltungs-Kommissionen schon in den nächsten Tagen ernannt werden, da die Verhandlungen unter den Parteien zur Festlegung der Richtlinien für die Ernennung der Kommissionsmitglieder geführt haben, Erkundigungen an zuständiger Stelle eingezogen. Die Richtigkeit dieser Meldung wurde uns bestätigt. Der Landesverwaltungs-Ausschuß beschäftigte sich in seiner Mittwochssitzung mit der Frage der Ernennung der Bezirksverwaltungs-Kommissionen und die politische Landesverwaltung dürfte daher in den nächsten Tagen an die Ernennung schreiten. Es sollen unter anderem Bezirksverwaltungs-Kommissionen ernannt werden in: Asch, Jwidau, Röniginhof, Friedland, Gainspach, Eger, Komotau, Raaden, Gablonz, Landskron, Reichenberg, Riemes, Rurschan, Plan, Boderkam, Ronsperg, Rumburg, Wies, Tachau, Tannwald, Marienbad-Tepl, Tautenau, Wärsdorf, Winterberg, Hohenelbe, Leitmeritz usw.

Farbe bekennen! In einer unscheinbaren Ros' aus Boderkam berichtet der „Tag“, daß dort in einer „Versammlung von Interessenten“ die Gründung einer land- und forstwirtschaftlichen Krankenkasse beschlossen wurde, und bemerkt dazu: „Schon lange wird in land- und forstwirtschaftlichen Kreisen der Wunsch nach einer eigenen Krankenkasse laut und wurde oft auf bereits bestehende landwirtschaftliche Krankenkassen hingewiesen, die vorzüglich ausgebaut sind und sich der Zufriedenheit der Mitglieder erfreuen.“ — Die Nationalsozialisten niden also befriedigt das Haupt bei der Nachricht von der Gründung besonderer landwirtschaftlicher Krankenkassen. Bisher kamen ihre Beifallskundungen hierüber allerdings nur in verstreuten Notizen zum Ausdruck, die Arbeiteröffentlichkeit wäre aber daran interessiert, klar und eindeutig die Stellung der Nationalsozialisten zu dieser Frage kennen zu lernen. Durch die Vereinigung aller Arbeiter, auch der landwirtschaftlichen, in den Bezirkskrankenkassen beuten diese eine große Leistungsfähigkeit, die keine anderen Krankenkassen erreichen können. Sachliche Gründe für die Eröffnung besonderer landwirtschaftlicher Krankenversicherungsinstitute sind nicht vorhanden, denn die gesundheitlichen Verhältnisse der Landarbeiter unterscheiden sich — das wurde wiederholt nachgewiesen — durchaus nicht von denen der anderen Arbeiterschichten. Bleibt also nur das Interesse der Agrarier an der Errichtung eigener land- und forstwirtschaftlicher Kassen als Stichpunkt ihrer politischen Bewegung. Die Nationalsozialisten mögen um bekennen, ob sie empfinden dem Interesse der Arbeiterschaft die Bedürfnisse der Großarbeiter zu unterstellen oder nicht.

Der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses hielt Freitag vormittags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Malik eine Sitzung ab. Es wurden die von der donnersägigen Sitzung verschobenen letzten Abänderungen des Entwurfes beraten. Gemäß dem Antrage des Berichterstatters Abgeordneten Dr. Winter wurden alle diese Abänderungen angenommen. Ueber Einladung des Direktors der Allgemeinen Pensionsanstalt Dr. Schoenbaum beschloß der Ausschuß, die Amtsräume dieser Anstalt Donnerstag, den 10. September um halb 10 Uhr zu besuchen. Tageseichen wurde über Einladung des Abg. Johannis beschlossen, die Prager Bezirkskrankenkasse zu besichtigen. Der Tag dieses Besuches wird später festgesetzt werden.

12 Der tibirische Erpreß.

Roman von Frank Keller.

Copyright by G. Müller, München.

Keine Frage, das prassende Salutaschwein hat um Entschuldigung, daß es gellingselt hatte, und seine schlechte Laune schien in Freude umgeschlagen zu sein, denn er lachte aus vollem Halse. Aber es war kein mustalliches Lachen; es verfolgte den Kellner und das Stubenmädchen die ganze Treppe hinunter, und sie hielten sich nicht länger als notwendig auf der Treppe auf.

2.

Das Zimmer im dritten Stock und seine Mythen ließen dem Kellner und dem Stubenmädchen nicht viel Nachruhe, und obwohl kein weiteres Läuten sie am nächsten Morgen hinaufrief, dauerte es nicht lange, so fanden sie sich vor der geheimnisvollen Tür wieder.

Die war noch immer versperrt, und der Schlüssel steckte innen. Aber der Gast, der am Abend so demonstrativ den Schlüssel hineingesteckt hätte, der seltsame Gast, der auf dem Boden schlief, mit der Hand im Kleiderschrank stand und sechs Bieffsteaks pro Tag aß, gab keinerlei Lebenszeichen von sich. Er hielt keine Homietimonologie wie gestern. Auf der anderen Seite der Tür war alles totenstill, daß das Stubenmädchen nach einiger Zeit Mut faßte und anklopfte.

Niemand meldete sich auf ihr Klopfen. Alles blieb ebenso still.

Sie klopfte wieder. Niemand rührte sich. Sie klopfte zum drittenmal; dasselbe Resultat. Sie sah den Kellner an.

„Hol den Hotelier“, flüsterte sie. „Das sieht merkwürdig aus.“

Der Hotelier kam. Er war dünn und hatte blutunterlaufene Augen und einen Hindenburgschmurrbart. Er konstatierte, daß das Stubenmädchen die Wahrheit sprach. Niemand meldete sich auf alles Klopfen. Aber er weigerte sich bestimmt, aus diesem Grunde die Tür einschlagen zu lassen. Der Kellner fand einen Mittelweg. Er klopfte den Schlüssel mit einer Haarnadel heraus, und die Tür ließ sich mit dem Schlüssel des Stubenmädchens öffnen. Hotelier, Kellner und Stubenmädchen stürzten hinein.

Das Zimmer war leer. Das Bett unberührt. Die Sachen des Gastes standen da, aber von ihm selbst war keine Spur zu sehen. Doch plötzlich entdeckte der Kellner eine Spur, aber eine sehr eigentümliche.

Mitten auf dem Boden lag ein zerzauster Daunen blonder Haare. Es war genau, um einen Wagnertenor mit Bart und Perücke zu versehen. Hatte sich der Gast in einem Wahnsinnsanfall die Haare ausgerauft und war verschwunden? „So viel Haare hatte er gar nicht“, sagte das Stubenmädchen. Wo sollte das Haar sonst herkommen? fragte der Hotelier, denn er war ein Freund der Logik.

Das Stubenmädchen konnte es nicht sagen. „Der Kellner fiel etwas ein.“ „Der Schrank!“ sagte er. Da stand er gestern die ganze Zeit. Jetzt ist er zu. Ich möchte wissen, was er drin hat!

Er beeilte sich, seine Neugierde zu befriedigen. Er riß die Schranktüre auf und steckte den Kopf hinein. Mit einem entsetzten Schrei zog er ihn sofort wieder zurück.

Der Schrank enthielt den Kandidaten der Medizin Gerdt Lyman aus Schweden. Er sah zu-

ammengesunken auf dem Schranfboden, den Kopf auf die Knie gelehnt mit blaurotem Gesicht. Eine atemlose Frage: War er tot? Nein. Einige Sekunden nach der Öffnung der Schranktür hob er den Kopf und starrte mit offenem Munde auf sich. Das Stubenmädchen, das schon im Begriffe gewesen war, ohnmächtig zu werden, brach in ein hysterisches Lachen aus:

„Gestern nacht lag er auf dem Boden und schlief, jetzt sitzt er im Schrank drinnen und schläft! Gestern hat er sich selbst im Zimmer eingesperrt, jetzt hat er sich selbst im Schrank — im Schrank!“

Ihr Lachen ging in ein Schreien über, das sie zu ersticken drohte. „Sie hat recht!“ sagte der Kellner erstaunt zum Hotelier. „Die Schranktür war ja von außen versperrt! Wie in aller Welt stellte er es an, sich selbst so einzusperrern? Und wo kommt das Haar auf dem Boden her?“

Der Wirt wurde böse. Er war Preuze, und nächst der Logik liebte er die Ordnung über alles. „Mein Herr“, sagte er leuchtend zu Gerdt Lyman, „warum schlafen Sie nicht in Ihrem Bett? Die Gäste in meinem Hotel haben in ihren Betten zu schlafen. Und warum sperren Sie sich selbst einmal ums andere ein? Die Gäste in meinem Hotel sperren sich nicht ein. Dabon will ich nichts hören! Und was ist das für Haar hier am Boden? Wollen Sie mir das sagen?“

Der schwedische Meister der Selbstensperrung wollte das nicht. Er antwortete überhaupt auf keine der Fragen des Hoteliers etwas, das halb ein Aufschrei, halb ein Schlußagen war, bahnte sich den Weg aus seiner Brust.

„Hätte er mir doch nie sein verdammtes Geld gezeigt! Hätte ich nur nicht dem Stubenmädchen erlaubt! Gezwungen zu sein, ihn zu behr-

bergen, gezwungen, sein Essen zu bezahlen, gezwungen, ihm das Haar zu schneiden und zum Dank dafür in seinen eigenen Kleiderschrank gesperrt zu werden! Ich werde verrückt, ich werde ebenso verrückt wie er!“

Mit diesen rätselhaften Worten beförderte er den Hotelier, den Kellner und das Stubenmädchen hinaus, warf sich auf das unbenützte Bett und wand sich, als wäre er in Kindesnöten.

Am selben Nachmittag erhielt die Poststation in der Fopengasse zwei Anzeigen, die bei nahe dem gleichen Mikrauen und Stauern begnneten.

Die eine wurde von einem cand. med. aus Schweden erstattet. Was er zu melden hatte — er meldete es mit schillerlicher Erbitterung, aber mit vielen Pausen, um seine Anzeige zu formulieren — war, daß er vor zwei Abenden in seinem Zimmer im Hotel Krakau den Besuch eines ansehbaren Narren gehabt hatte. Diesen Narren wünschte er auf das schärfste verfolgt, da er ihm außer Bargeld noch einen Anzug gestohlen und den Besitzer dieses Anzugs in seinen Kleiderschrank eingesperrt hatte, bevor er verschwand.

Die andere Anzeige wurde von dem langjährigen Diener Professor Oskar Freudenthal erstattet. Was er zu melden hatte, war noch sensationeller: vor zwei Abenden, ungefähr zur selben Zeit, zu der der schwedische Mediziner in seinem Hotelzimmer den Besuch des Narren empfangen hatte, war Danzigs Stolz, der Mann, der nie über Danzig hinausfuhr, Professor Oskar Freudenthal, aus seinem Hause am Graben verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Positive Politik.

Oesterreich, England, Dänemark.

In aller Erinnerung sind noch die Vorwürfe unserer Gegner jeder Schattierung, die seit 1920 in ganz Europa laut wurden. Bankrott der Sozialdemokratie und Bankrott des Vortages waren Schlagworte geworden, die auch der politisch Ungebildete ausprechen und verheerenden zu können glaubte. Man wollte nicht einsehen, daß die von der Sozialdemokratie geleistete Liquidierung der Nachkriegsanarchie in Wirtschaft und Politik, wie sie ganz Mitteleuropa erfaßt hatte, allein schon eine Riesenergebnisleistung war, die keine von jenen Parteien, die leichtfertig das Unheil des Krieges über die Völker heraufbeschworen hatten, durchzuführen imstande gewesen wäre. Unfähigkeit in der Außenpolitik, Unfähigkeit in der Innenpolitik, Unfähigkeit, oder, wenn das nicht versing, Aufgeben unserer sozialistischen Grundzüge, wurde uns zum Vorwurf gemacht. Noch bei den Wahlen, die wir im vergangenen Herbst auszufechten hatten, trugen unsere Gegner, da sie auf eigene Verdienste nicht hinweisen konnten, Anklagen gegen die Sozialdemokraten in allen Ländern zusammen, um zu zeigen, daß wir auch nicht mehr leisten, als sie, ein Vorwurf, der, wenn er berechtigt wäre, allerdings ein vernichtendes Urteil bedeuten müßte.

Hat die Arbeit der sozialistischen Parteien von 1918 bis 1923 in dem Gutmachen der Fehler anderer und in der Vermeidung einer Weltkatastrophe bestanden, so hat die internationale Sozialdemokratie seither Gelegenheit gefunden, durch positive Taten zu zeigen, daß sie keineswegs von den Grundzügen ihres Programmes abgekommen ist, und gleichzeitig hat sie beweisen können, daß diese Grundzüge nicht utopisch und wirkungslos sind, sondern überall dort durchführbar sind, wo die Arbeitermassen der Sozialdemokratie die Macht vertrauensvoll übertragen. Bei uns waren es zunächst die großen Leistungen der österreichischen Sozialdemokratie, auf die wir hinweisen konnten. Nicht nur, daß unsere österreichische Bruderpartei durch eine zwar elastische, aber in Fragen der grundsätzlichen Demokratie und der Sozialpolitik unerbittliche Opposition der reaktionären Regierung Geißel der Möglichkeit nahm, ihr Programm einer Sanierung des Kapitalismus, vor allem des Finanzkapitals, auf Kosten der breiten Massen reiflos durchzuführen, sondern der Regierung der Bankherren so lange Schwierigkeiten in den Weg legte, bis sie auf die Durchführung eines Großteils ihres Programms verzichtete; die österreichische Sozialdemokratie hat auch durch rein positive Arbeit gezeigt, daß die Ideen des Sozialismus durchführbar und dem Proletariat tatsächlich auch in den Anfängen ihrer Verwirklichung schon bedeutend bessere Lebensbedingungen schaffen. Die großen Leistungen der Sozialdemokraten in der Wiener Gemeinde erregen nicht nur die Bewunderung der Sozialisten in allen Ländern, sondern auch Staunen und Reid bei den bürgerlichen Parteien selbst über die Grenzen Europas hinaus.

Zeit dem Siege MacDonaldis hatten wir Gelegenheit, die kluge Politik der englischen Arbeiterpartei zu verfolgen, die — obwohl sie von einer Minderheitsregierung gemacht wird — der englischen Bourgeoisie große Zugeständnisse abzurufen vermochte und jederzeit mit ruhigem Gewissen von den Wählern ein Urteil über ihre bisherige Tätigkeit verlangen kann. Die größte Leistung des Sozialdemokraten Mac Donald liegt aber auf dem Gebiete der äußeren Politik, geradezu da, wo man uns

so gern vollständige Unfähigkeit und Hilflosigkeit vorwarf. Die Herstellung des Friedens in Europa, die Befriedung der großen Nationen und die Ausbahnung einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems, an dem die großen Politiker der internationalen Bourgeoisie, an dem Wilson, Lloyd George, Baldwin und die Chauvinisten Clemenceau und Poincaré scheiterten, haben wir dem Führer des englischen Proletariats zu danken. Die Zusammenarbeit der deutschen, französischen und englischen Arbeiterpartei hat den Vertrag von London gezeugt; und damit eine Ära der Demokratie und Friedenswillens eröffnet. Man wagt es nicht, von rechts und links den Wert der Londoner Konferenz zu bestritten — ohne freilich irgend eine andere Lösung vorzuschlagen — man wagt es aber nicht, in Abrede zu stellen, daß der große Fortschritt, den die europäische Politik von Versailles bis London gemacht hat, ein Verdienst der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern ist. Sie hat durch unerschöpfende Arbeit für den Gedanken der Völkerverständigung und durch ihr energisches Auftreten in jenen Ländern, in denen sie Einfluß auf die Regierung gewinnen konnte, den Weg gebahnt, und hat am eigentlichen Zustandekommen des Ausgleichwerkes den größten Anteil genommen.

Während wir noch mit dem beschäftigt sind, was London uns als Beispiel und als Anfang neuer Aufgaben bedeutet, kommt die Nachricht von einer sozialistischen Tat, die in ihrer Art wieder etwas ganz Neues bedeutet. Die dänische Arbeiterregierung, die seit etwa einem halben Jahre die Leitung des unter der bürgerlichen Herrschaft in arge ökonomische Schwierigkeiten geratenen Staates übernommen hat, wird den Abrüstungsplan, der seit einiger Zeit in der dänischen Öffentlichkeit viel unstrittig wird, tatsächlich durchführen. Der Kriegsminister, der Sozialdemokrat Rasmussen, wird dem Parlament einen Abrüstungsplan unterbreiten — seine Annahme ist so gut wie gesichert —, der einen vollständigen Abbau des Militarismus und eine Beschränkung des Aufwandes für militärische Zwecke auf das Mindestmaß des bei der heutigen Lage Europas überhaupt Möglichen bedeutet. Man wird einwenden, daß der Abbau des Militarismus für Dänemark ein Leichtes sei, da diesem Lande keinerlei Gefahren drohen. Demgegenüber muß man darauf verweisen, daß Dänemark, das im Frieden von Versailles einen Teil Schleswigs, der größtenteils von Dänen bewohnt wird, erhalten hat, von den Deutschen mit wüthender Feindschaft bedacht wird. Es ist keine Frage, daß eine deutschnationale Regierung, wenn die Lage in Europa es ihr halbwegs gestatten würde, sich das kleine und schwache Dänemark als Ziel ihrer Revanchepolitik aussuchen würde. Daß die dänische Sozialdemokratie trotzdem im Vertrauen auf die Reinheit ihrer eigenen demokratischen und versöhnlichen Politik und auf den Sieg des demokratischen Gedankens auch in Deutschland es wagt, die Sicherheit ihres Landes durch eine vernünftige Politik der Verständigung zu stützen, statt durch nationalistische und militaristische Politik die Möglichkeit eines Krieges und damit auch der Niederlage der Nation zu provozieren, erfüllt alle international und sozialistische Fühlenden in ganz Europa mit Freude und Genugtuung. Es vermehrt die Zahl sozialistischer Taten, auf die wir mit Stolz verweisen können, um ein Bedeutendes und mag vor allem auch jenen sozialistischen Parteien ein ermunterendes Vorbild sein, die es bis jetzt nicht gewagt haben, einschließen gegen die nationalistische und militaristische Politik ihrer Bourgeoisien aufzutreten.

Ausland.

Boris Sawinlow Bojewitz?

Die russische Polizei hat vor einiger Zeit auf dem Boden der Sowjetrepublik Boris Sawinlow verhaftet, der zu den bedeutendsten Führern der russischen Konterrevolution gehört hat. Er nahm an fast sämtlichen Unternehmungen der zaristischen Gegenrevolution teil, stand im Heere Kollschaks und Denikins und war auch an den bewaffneten Aufständen der Sozialrevolutionäre beteiligt. Das Sowjetregime zählte ihn zu seinen erbittertesten Feinden. Umso überraschender sind die Meldungen, die über den Verlaß des Prozesses auslaufen. Wenn man den offiziellen Moskauer Berichten glauben kann, hat Sawinlow ein förmliches Schuld- und Reuebekenntnis vor den Schranken des Gerichtshofes abgelegt. Er machte sensationelle Enthüllungen über die Zustände in den verschiedenen Lagern der zaristischen Gegenrevolution und enthüllte die Verbindungen, die zwischen dem Entente-Kapitalismus und dem monarchistischen Generalstab sowie dem Auslandskomitee bestand. Die Rosta findet einen Bericht aus, nach dem Boris Sawinlow erklärt hat, er bereue seine Tätigkeit im Dienste der Konterrevolution, nicht weil sie für ihn schlimme Folgen zeitigen könne, sondern weil er erkannt habe, daß das Ziel des Aufwandes im Sowjetregime zu finden sei. Er habe schon vor einem Jahr in Paris das für Aufstand unheilvolle Treiben der gegenrevolutionären Komitees erkannt und den Beschluß gefaßt, die Sowjetrepublik anzuerkennen. Er forderte vor Gericht alle im Ausland lebenden Russen auf, die Moskauer Regierung anzuerkennen und einzusehen, daß nur im Zusammenarbeiten mit den Sowjets alle ehrlichen Freunde des russischen Volkes für dieses arbeiten können.

Die Meldungen sind schon deshalb mit Vorsicht anzunehmen, weil die Moskauer Propaganda nachrichten zu verwenden pflegt. Selbst wenn aber die Berichte durchaus echt sind, so wäre immerhin zu bezweifeln, ob der vor dem Sowjetgericht stehende Sawinlow so spricht, wie er denkt. Die Enthüllungen, die er über das Wesen der zaristischen Reaktion machte, die Tatsachen des Zusammenhanges dieser Reaktion mit dem Entente-Kapitalismus sind uns allerdings nichts Neues; die Sozialdemokratie kennt und bekämpft die zaristische Reaktion seit Jahren.

Telegramme.

Wenn Benes eine Reise tut — weiß er sich zu benehmen?

Berona, 29. August. (AP.) Minister Dr. Benes wurde auf der Reise zur Völkerverständigung in Genf bei der Durchsicht durch Verona vom General der faschistischen Miliz (eine von der Regierung und den Fabrikanten ausgehaltene Komitabschwärze, die Mussolini bereithält, um jede Freiheitsbewegung im Blute zu ertränken. D. Red.) Grogiani begrüßt, welcher ihm seinen Dank für die herzliche Aufnahme ausdrückte, die ihm während seines Aufenthaltes in der Tschechoslowakischen Republik in den vergangenen Tagen zuteil wurde. Minister Dr. Benes hob in seiner Erwiderung die lebhafteste Sympathie und Bewunderung hervor, welche die Tschechoslowakei für Italien und den Staatsmann Mussolini hegt. Auf dem Bahnhof erwies auch eine Abteilung der faschistischen Miliz dem Minister die Ehrenbezeugung. . .

Nach der Kleinen Entente-Konferenz.

Laibach, 29. August. Ueber das Resultat der Verhandlungen zwischen Minister Duca und Minister Dr. Marintowitsch wurde heute nachmittags folgendes amtliches Kommuniqué veröffentlicht: „Nach einem Gedankenaustausch über alle Fragen, über die schon früher beraten wurde und die schon vor zwei Tagen den Gegenstand der Verhandlungen zwischen Dr. Benesch und Dr. Marintowitsch bildeten, einigten sich die beiden Minister darüber, daß kein Grund besteht, in irgendeiner Hinsicht die früheren Abmachungen zu ändern. Von dem Wunsche durchdrungen, die freundschaftlichen Bande, die beide Staaten verbinden, noch enger zu knüpfen, begrüssen sie, daß die Delegierten der Kleinen Entente im gegenseitigen Einvernehmen bei der Lösung aller Fragen vorgehen werden, die auf der Tagesordnung der Völkerverständigung stehen werden.“ Die Verhandlungen über alle noch schwebenden Fragen zwischen Rumänien und dem Königreiche Serbien ebensfalls zu vollem Einvernehmen.“

Die Konferenz der Interparlamentarischen Union.

Genf, 29. August. (Schw. Dep. Ag.) Die Interparlamentarische Konferenz beendete gestern abends ihre Arbeiten. Sie genehmigte in der Schlußsitzung drei Resolutionen. Die erste betrifft die Verminderung der Rüstungen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die im vergangenen Jahre angebahnte Zusammenarbeit des Völkerverbundes mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem allgemeinen Abkommen führen werde über die Hauptgründe der Konvention bezüglich der Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels. Die zweite Resolution betrifft die Sicherheit des Staates und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung, die einer allgemeinen Einführung demilitarisierter Zonen unter der Regide des Völkerverbundes zukommen würde. Es wurde ein Sonderausschuß eingesetzt, der diese wichtige Frage möglichst bald zu diskutieren hat. In der dritten Resolution wird die Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes vorgeschlagen. Als ersten Schritt dazu schlägt die Resolution vor, die Staaten sollten sich verpflichten, einen gewissen Betrag für die Heeresausgaben (Land-, See- und Luftstreitkräfte) ein für allemal festzusetzen und ihn unter keinen Umständen zu überschreiten. Das würde der Ausgangspunkt für eine Verminderung der Rüstungen bilden.

Nach der Sitzung begaben sich die Teilnehmer an der Konferenz nach dem internationalen Arbeitsamt, wo sie von dessen Direktor Albert Thomas empfangen wurden.

Mussolinis Umgruppierung.

Paris, 29. August. (Havas.) Einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Rom zufolge, wird das italienische Parlament Ende Oktober zusammenzutreten. Wie verlautet, beabsichtigt Mussolini, des Ministers in der Richtung nach rechts zu den Liberalen und dem katholischen Zentrum zu rekonstruieren.

Er traut sich Macdonald nicht vor die Augen.

Rom, 29. August. (Havas.) „Popolo d'Italia“, das offizielle Organ der italienischen Regierung, verlautbart, daß Ministerpräsident Mussolini die Absicht, persönlich an der Tagung des Völkerverbundes in Genf teilzunehmen, aufgegeben habe.

Amerikanische Filme.

Von Felix Stöckinger.

September ist gekommen, und die Theater, Konzerte, Kunst- und Vergnügungsunternehmer Berlins erfüllen die Zeitungen mit den Ankündigungen dessen, was sie uns für den Winter bereitet haben. Versuchen wir, aus den Ankündigungen einen Schluß auf den Stil des anbrechenden Winterhalbjahrs zu ziehen, so wird die Revue und der Film den Unterhaltungsmarkt beherrschen. Die von mir seit Jahren vorausgesagte Amerikanisierung des Theaters wird damit Wirklichkeit. Wie sollte es auch anders werden? Gleiche Bedingungen erzeugen gleiche Resultate. Das Theater, das den Nährboden einer geistigen oder religiösen Gemeinschaft verloren hat, ist zunächst in den Hintergrund gedrängt worden. Aber die Schaubühnen bleiben. Und auf ihnen wird man sehen, was die Theater von Paris, London, New York in den letzten Jahren geboten oder abgelegt haben: Tänze, Ballett, Akrobaten, Komiker, Varieteeszenen, Kostüme und was man in Paris „costume de peau“ nennt: Nackttänze.

Nur eine Nacht wird sich daneben halten können: der Film. Und er wird wahrscheinlich sogar der Stärkere sein. Er ist populär, billig, mannigfaltig. Jede Woche zehn Premieren, die von Strafe zu Strafe geschickt werden. Das ist die technisch neue Form der Wanderlust in die ere im Maschinenzeitalter. Statt der Komödianten ziehen ihre Abbildbilder von Strafe zu Strafe. Ist es ein Wunder, daß diese moderne Form der Unterhaltung am vollständigsten in Amerika hergestellt wird? Der amerikanische Film hat einigermassen den deutschen gelernt, aber seinem Charakterwesen eingeschmolzen. Der amerikanische Film hat das Hohe und Wildwestliche längst überwunden. Er hat eine Reihe Menschen als Schauspieler, Komiker, Tragöden dem Erdball geschenkt, und er beginnt ihn nun dadurch zu beherrschen, daß er auch das große Filmwerk in höchster tech-

nischer Vollendung als die neue Form des Volkstheaters allen Nationen aufzwingt. Zwei große amerikanische Filme haben uns eben die Nacht Amerikas auf diesem Gebiete überwältigend repräsentiert. Im Großen Schauspielhaus, das Reinhardt, von schlechten Literaten beraten einer Neugeburt der antiken Tragödie gebaut hat, wird der Film, der voriges Jahr ganz New York erregt hat, abgerollt. „Die zehn Gebote“ heißt er, und der ganze Stil des amerikanischen Filmtheaters steht ihm auch in Berlin zur Verfügung: das Riesensound der Arena; eine Orgel, die den Zuschauer in die Stimmung des biblischen Dramas einführt; ein Chor, der — mir erscheint es lästerlich — die letzten Faustverse singt, ein Orchester von Wagnerischem Umfang.

Der Film „Die zehn Gebote“ stellt in seinem ersten Teil die Knechtschaft Israels in Ägypten, den Zug durch das Rote Meer, die Wüstenwanderung, die Offenbarung am Sinai und den Tanz um das goldene Kalb dar. Während der Anfang des Filmes, nach dem, was man davon gehört hatte, etwas enttäuschend war, entwickelt sich, angefangen vom Auszuge aus Ägypten, eine Szenerie von solcher Größe, daß die Massen immer wieder zum Beifall während des Spiels hingerissen wurden. Der Auszug aus Ägypten ist von einer Dramatik, die wir schon erlebt haben. Die Jagd Pharaos auf hunderterten von Streitwagen durch die Wüste begann in demselben Augenblick faszinierend zu werden, in dem der Film farbiger wurde. Ein außerordentliches Bild war ebenfalls die Tötung des Roten Meeres. Wie sich da rechts und links die Wogen aufstellten und eine tiefe Strafe freimachten, ging ein Schauer der Erregung durch das Haus. Als aber Pharaos Streitwagen durch diese Strafen zogen, und von rechts und links die zu Fels erstarrten Wellenberge sich wieder in Wasser zu verwandeln begannen, und von rechts und links die Wasserbergstraßen zusammenstürzten, da machten sich die Zuschauer nicht nur durch Beifall Luft, um das technische Wunder, das sie starr gemacht hatte, zu belatschen, sondern die dramatische Erregung, die im Stoffe selbst liegt, löste sich in Bewegung

auf. Eine noch größere Szene ist die Offenbarung der zehn Gebote an Moses. Moses steht im Sturm eines Berges, der im tosenden Wind und Feuer verschwindet. Die Begleitung von Geräuschen, die der Film darstellt, durch Kopie der Geräusche im Orchester, gehört zu den feinsten Unarten des Filmes. Hier zum ersten Male war die Übertragung des gesungenen Epos in das Donnerregister der Orgel von großer und erster Wirkung. Ein Gewirr von Lichtern, Blitzen, Wolken, Nebeln erfüllt das blaue Bild. Weit aus dem Hintergrunde bricht das Wort hervor, das immer größer hervortritt und schließlich in Riesenschrift zum Licht der Offenbarung wird: Du sollst nicht töten! Der Regisseur dieses großen Filmes, Cecil B. de Mille, spricht in einem Vorwort die Hoffnung aus, daß der Film den Zuschauer Gedanken über die Gültigkeit der ewigen Moralgesetze machen möge. Ich glaube, dieses Ziel ist erreicht. Noch niemals ist mit einem solchen technischen Aufwand ein so ethisches Ziel angestrebt worden, und so wie aus dem Spannungsmittel irgend eines Filmes eine Sensation des Mitleids, der Liebe, der Trauer hervorgehen kann, so geht aus dem Sturm der Spannung dieses Filmes eine moralische Sensation hervor. Der Zuschauer erlebt wirklich, wie zum ersten Male innerhalb unseres europäisch-vorderasiatischen Völkerverbundes das Sittengesetz zum Worte wird.

Freilich hat der Film einen zweiten Teil: ein amerikanisches Großstadtdrama, mit der Tendenz, den Zusammenbruch des Menschen zu zeigen, der die zehn Gebote nicht achtet. Dieser Kontrast zwischen Dollarmoral und Bibel ist echt amerikanisch durch die verschobene Perspektive des religiösen Erlebnisses. Die Amerikaner nehmen die Bibel in einem puritanisch vormodernen Sinne ernst. Eine Wandlung dieses Erlebens findet eigentlich nie statt. So ist das Sittengesetz nicht eine ewige Aufgabe, sondern es bleibt ein Befehl. Der Regisseur hat dieses tiefste Manko des ganzen amerikanischen Geisteslebens dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er eine strenge, provinzielle, altmodische Kleinbürgers-Mutter zur

Vertreterin dieses Sittengesetzes dem eleganten, modernen, geschäftstüchtigen Sohn, d. h. dem wahren Amerikaner entgegenstellte. Aber wenn der Amerikaner so ist, daß nur die geistig-kindlichste Kirchenmahnung auf ihn Eindruck macht, so wird der Film seine Wirkung nicht verschlehen, denn er zeigt in einigen, großartigen Bildern den Zusammenbruch des gewissenlosen Spekulantens. Freilich ist zu fürchten, daß er ebenso wenig wie die Schaubühne eine moralische Lehrausgabe sein wird. Die Hoffnung Schillers, die diese nicht erfüllt hat, wird jener nicht zur Reise bringen.

Die beste Qualität des amerikanischen Filmes lernen wir auch in dem Hundefilm kennen, der unter dem Namen Min-Lin-Lin seit Wochen die viel belachte und beweihte Sensation unseres größten Kinos theaters ist. Der Hauptdarsteller dieses Filmes ist ein deutscher Schäferhund, der im Schüßengaben gefunden und nach Amerika gebracht wurde, wo er sich zum Filmschauspieler ausgebildet hat. Um es gleich zu sagen, zu einem der besten. Wenn dieser Hund, der unter Wölfen aufwächst, der Freund und Lebensretter eines im Walde überfallenen Mannes wird, den Mörder stellt, in wilden Jagden die entführte Braut rettet, und schwer verlannt in die Wildnis zu seinen Wölfen zurückzukehren die Absicht hat, so ist das voll von wunderbaren und niegesehenen Einzelheiten, wie sie nur die unverdorrene Natur eines Tieres bieten kann. Wie dieser Hund liebt und zürnt, wacht und kämpft, rennt und springt, eiferfüchtig auf ein gestreicheltes Kind und tief gekränkt seinen Herrn verläßt, das übertrifft alle Schauspielkunst des Menschen, da dieser nur spielt, während der Hund alles selbst ist. Und denkt man an die großartigen Schneelandschaften zurück, mit den vielen Wölfenherden, mit den Renntierherden, den Jagden durch Gebüsch und Gestrüpp, den Wasserbächen, die aus dem Schnee fallen, dann hat man so unvergleichliche Bilder in der Erinnerung, daß man wirklich nicht weiß, was das sprechende Theater Deutschlands als Ersatz oder Konkurrenz dem amerikanischen Film entgegenhalten kann.

Der zweite Erzberger-Mörder geflüchtet.

Budapest, 29. August. Die heutigen Abendblätter melden, daß der von der Polizei gesuchte angebliche Schneider, der mit dem Erzbergermörder Tilleßen identisch sein soll, sich nicht mehr auf ungarischem Gebiete befindet. Es sei ihm gelungen über die Grenze zu flüchten. Als der Aufenthalt der Erzbergermörder in der Villa Gömbös bekannt wurde, begaben sich mehrere Detektive dorthin. Förster und Schneider waren aber bereits in den frühen Morgenstunden nach Budapest gegangen. Förster lehrte wieder zurück und wurde verhaftet, Schneider war verschwunden. Bezüglich der Identität Konrad Mayers ist die Untersuchung im Gange. Ein Blatt meldet, daß Mayer, der mit dem an der Ermordung Erzbergers beteiligten König identisch sein soll, gleichfalls aus Ungarn geflüchtet ist.

Polen — dem lieben Habsburger!

Warschau, 29. August. Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung des Präsidenten der Republik, mit der die feinerzeit beschlagnahmten Habsburger Güter bei Zambusch seinem Eigentümer, dem ehemaligen Erzherzog Karl Stephan Habsburg zurückgegeben werden. Karl Stephan Habsburg hat 52.321 Hektar Felder und 10.500 Hektar Wald der Akademie der Wissenschaften in Krakau geschenkt.

Begen im rechten Wetter abgelagt!

Spaniens Niederlagenreiches Marokko - Abenteuer. Paris, 29. August. Das „Journal“ meldet aus Madrid, daß heute unter dem Vorherrsche des Königs das Direktorium zu einer wichtigen Beratung zusammenzutreten werde, um die Lage in Marokko zu prüfen. Der Oberbefehl der Truppen soll dem ausgezeichneten Kenner General Gomez Jordan übertragen werden. Einstweilen sind die Operationen in Marokko wegen starken Nebels und schlechten Wetters eingestellt worden.

Revolutionäre Bewegung in China.

Paris, 29. August. (Eigenbericht.) Nach einem Telegramm aus Washington sind dort offizielle Nachrichten über den bevorstehenden Ausbruch einer neuen Revolution in China eingetroffen. Der amerikanische Gesandtschaftsträger in Peking soll gemeldet haben, daß die chinesischen Truppen am Donnerstag die Tore der Stadt geschlossen und die Behörden besetzt hätten. Man erwartet Feindseligkeiten in der Gegend von Shanghai und Tientsin.

Prager Kurse am 29. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1318.50 00	1324.50 00
1 Billion Mark	8.01 87	8.21 87
100 belg. Francs	169.25 00	170.75 00
100 schweiz. Francs	637.75 00	640.75 00
1 Pfund Sterling	162.35 00	153.70 00
100 Lire	159.50 00	152.00 00
1 Dollar	33.93 00	34.25 00
100 franz. Francs	184.62 50	184.12 50
100 Dinar	42.85 00	43.35 00
10.000 maghar. Kronen	4.20 00	4.70 00
100 poln. Lohz	633.75 00	639.75 00
10.000 österr. Kronen	4.71 50	4.91 50

Tages-Neuigkeiten.

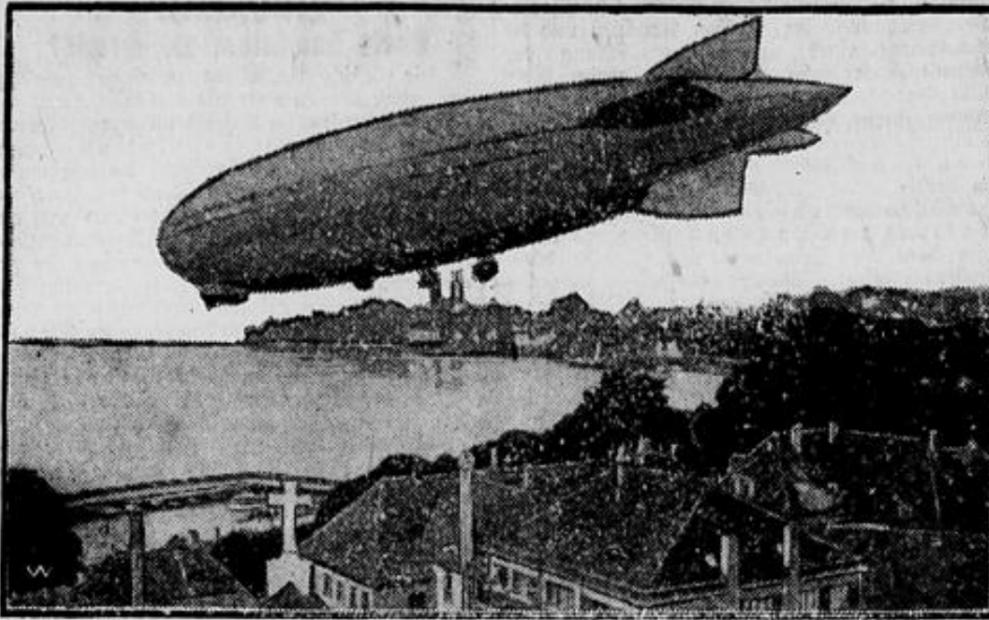
Eisenbahnwaggons 4. Klasse.

Wer schon einmal in Deutschland war, der weiß, daß dort jeder, der nicht gerade überflüssiges Geld hat, in der Eisenbahn vierter Klasse fährt. Man fährt so sehr billig und ganz angenehm. Und wer Glück hat und an der im Innern dieser 4. Klasse-Waggons gewöhnlich rund an den Seitenwänden angebrachten Bank noch ein Plätzchen erwirbt, der fährt genau so gut wie bei uns in der 3. Klasse. Trotz der Rentenmarkt allerdings bedeutend billiger. Die Waggons sind rein, am Abend hell beleuchtet. Kurzum man hat in diesen Waggons das Gefühl, daß die Bahnverwaltung nach Kräften dafür sorgt, auch dieses billige Beförderungsmittel dem Publikum benützungsmöglich zu machen.

Daß es bei uns auch eine 4. Klasse in gewissen Zügen bereits gibt, wird offiziell sicherlich bestritten werden — denn die 4. Klasse ist ja bei uns noch nicht höchstamlich eingeführt, — aber es ist dem doch so. Der Waggonpark unserer 4. Klasse setzt sich allerdings zum größten Teil aus — Viehwaggons zusammen. Man stellt in einen solchen Waggon, über dessen Sauberkeit Worte zu verlieren, ein ganzes Buch über die staatliche Förderung der Hygiene schreiben ließe, zwei schlecht und recht zusammengezwimmerte Bänke hinein und — ein Waggon 4. Klasse ist fertig. Besondere Verwendung finden diese Waggons, welche die bekannte Aufschrift: für 42 Mann oder 6 Pferde tragen, in sogenannten Bergungszügen, für die halbe Preise dritter Klasse gelten. Die Bergungszüge, deren Berechnung wohl ein amtlicher Weg sein soll, verkehren zum Glück nur am Sonntag. Jedenfalls in der weisen Voraussetzung, daß die Winderbemittelten wenigstens am Sonntag ein Vergnügen haben wollen. Die Eisenbahnverwaltung will da sicherlich vor anderen gleichbedingten Aemtern nicht zurückbleiben.

Da sich nun das Publikum diese Bergungszüge mit ihrer 4. Klasse gefallen läßt, glaubt die Bahnverwaltung diesen Umstand gehörig ausnützen zu müssen. So werden auch an Züge, die durchaus nicht halbpfeilige „Bergungszüge“ sind, solche 4. Klasse-Waggons angehängt und den Reisenden bleibt dann bei großem Andrang nichts anderes übrig, als „4. Klasse“ zu fahren.

Zum ersten Flug des Z. R. III.



Der neue Zeppelin über dem Bodensee.

Die Probefahrt des Z. R. III ist durchaus zufriedenstellend verlaufen. Zeitweilig fiel starker, sich bis zum Wolkenbruch steigender Regen, der wie graue Tücher über dem Zeppelin hing. Das Schiff fuhr weit über Bregenz hinaus, lehrte in ruhiger Fahrt zurück und manövrierte etwa eine halbe Stunde über dem See. Prächtig war der Anblick des schönen, silbernen leuchtenden Schiffes über der Seelandschaft mit den Schweizer Bergen dahinter. Dann senkte sich das Schiff und stand, von hunderten von Seemöven umschwärmt, wieder auf festem Boden.

Nach einer weiteren Meldung wurde bei der ersten Probefahrt des „Z. R. III“, die die Leitung des Luftschiffbaues „Zeppelin“ sehr zufriedengestellt hatte, festgestellt, daß bei einem Motor eine Schraube durch zu festes Anziehen abgebrochen war; es wurde beschossen, bei allen Motoren die betreffenden Schrauben zu verstärken. Der nächste Probeflug, der gestern stattfinden sollte, wird daher auf den Mittwoch kommender Woche verschoben. Die amerikanischen Sachverständigen zeigten sich durch die Bewahrung des Luftschiffes bei schwerem Wetter außerordentlich befriedigt.

Um der Bahnverwaltung ein Dementi zu ersparen, sei festgestellt: Der um 8 Uhr 36 Min. von Prag - Weinberge fahrplanmäßig abgehende Personenzug nach Brane führt am Sonntag außer zwei wirklichen Personenzugwaggons nur Waggons „4. Klasse“, die wegen des Andranges immer ganz voll sind. Die Leute schimpfen zwar, aber sie haben jedenfalls keine Zeit, um auf den nächsten Zug zu warten.

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß die 4. Klasse bei uns am Abend nicht beleuchtet wird. Es sei denn, mit einer rußenden Kerze. Angebracht wäre da in der Tat folgender Vorschlag: auf der nächsten Inspektionsreise fährt der Eisenbahnminister 4. Klasse. Er kann in seinen „Vergnügungszug“ dann auch Pferde mitnehmen. Die Waggons sind ja darnach eingerichtet. —ig.

Der Wiedersehensrummel.

Die deutschböhmisches „Kameradschaftstage“ nehmen kein Ende. Fast jede Woche feiern die ehemaligen Soldaten irgend eines verfloffenen Infanterieregiments oder Landsturmbataillons ihre frohe Zusammenkunft. Die Art, in der sich diese Wiedersehensfeste abspielen, beweist, daß ihre Veranstalter damit doch nur die militärische Begeisterung und die Kriegsstimmung warm und wach halten wollen, mögen sich auch einzelne gurgelglaubige „Kameraden“ darüber nicht ganz klar sein.

Unter den politischen Parteien nun, die mit ihrer Presse diesem eindeutigen Rummel mit großer Liebe begegnen, nehmen die Nationalsozialisten und der Duxer „Tag“ die erste Stelle ein. So brachte dieses Blatt vor einigen Tagen einen Bericht über das kuffiger Wiedersehensfest der Leute vom Landsturmbataillon 20. Die Zusammenkunft galt natürlich „reiner Kameradschaft“, die, wie der „Tag“ schreibt:

„auch in der heutigen Zeit notwendig ist, einige Stunden harmlos zu unterhalten. So trat denn auch recht bald die fröhlichste Stimmung ein, Erlebnisse wurden ausgetauscht, Lieder gesungen, und in Ermangelung eines Orchesters hatte ein Kamerad sein Bandonion gebracht und so wie einst im Felde löstlich unterhalten. Es waren sich alle einig, daß sie sich auch im nächsten Jahre wieder zusammensuchen und zwar wurde Dux als nächster Treffpunkt gewählt. Kamerad Heidler verwies noch auf die für alle ehemaligen Kriegskameraden von den ehem. 42. 92 und 94 herausgegebenen Zeitschrift „Der Heimatsöhne im Weltkrieg“ und ersuchte die Anwesenden, dieselbe zu beziehen, da dadurch auch uns die Möglichkeit geboten wurde die Bataillongeschichte kennen zu lernen.“

Die fallweise Verdummung der Leute durch die Kameradschaftstage genügt also nicht, sie werden jetzt sogar durch eigene Kriegszeitungen ständig am Gängelbände gehalten werden. Und dafür, daß man ihnen etwas aus der Bataillongeschichte erzählt, müssen die Betrüben auch noch zahlen! Selbstverständlich ist die Stimmung auf diesen Tagungen, die die Davongekommenen des Weltkrieges abhalten, um sich im Abglanz der Erinnerung an die große Zeit zu sonnen, allenfalls „heiter und vergnügt“. So erzählt wenigstens das Organ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und berichtet in derselben Nummer aus einer Ansprache des „Kameraden Enhuber“ bei der Zusammenkunft des Landsturms-Inf.-Reg. Nr. 9 in Kuffig,

„daß der Weltkrieg uns wohl schwerste Verluste an Leib, Leben, Gesundheit, Geld, Gut, Ehre, politischer und hiemit auch wirtschaftlicher Geltung gebracht habe, — daß wir aber wenigstens zweierlei gelernt haben: 1. Daß wir alle Kameraden und nunmehr frei von überlebten Klassenstrahlen seien, nicht nur im Massengrabe, sondern auch im alltäglichen Leben; und 2. daß wir durch zähes Ausharren auch die schwersten Lebenslagen zu bestehen vermögen. Er gedachte der vielen Gefallenen und sonst frühzeitig durch den Krieg aus dem Leben geschiedenen Kameraden und erklärte, daß sie doch nicht so ganz zweck- und ergebnislos gefallen seien, als man vielfach höre, indem sie uns durch den Einsatz und das Opfer ihres Lebens wenigstens die engere Heimat gerettet haben vor dem Anlaufe, engeres Kriegsgebiet zu werden, sei es auch selbst nur im Bereiche der eigenen Armee.“

Die sind wahrlich „frei von überlebten Klassenstrahlen“, die sich von altösterreichischen Patrioten, abgetakelten Offizieren und nationalistischen Bourgeois für Kameradschaftstage und zu neuer Züchtung des Korpsgeistes einsparen lassen! Die Klassenstrahlen sind geblieben, leider aber fehlt denen, die da wieder zusammengetrommelt werden, um auch in Zukunft der Reichen Heimat, Vaterland und Geldsack zu schützen, das Klassenbewußtsein. Und daß sich die nationalsozialistische Presse in dieser Kriegsstimmungsmode am meisten hervorut, verdient besonders festgehalten zu werden. Offen für den Militarismus und für den Krieg einzutreten, wie es ihnen Wünschen entspräche, dazu bietet sich den Patentreuzler hier und jetzt, da es nur einen tschechischen Militarismus gibt, keine Gelegenheit. Also versprechen sie ihr Gift auf den Kameradschaftstagen und Wiedersehensfesten der alten I. I. Regimenter.

Nach dem politischen nun auch das finanzielle Debacle.

Die leeren Kassen der Deutschböhmisches. Die Deutschböhmisches haben während der letzten Reichstagswahl mit Unmengen von Lügenflugblättern das Land überschwemmt. Daneben wurden in der gesamten bürgerlichen Presse, bis hinab zum kleinsten Provinzblättle, die Verleumdungen gegen die verhafteten Marxisten in die Welt hinausposaunt. Doch dieser Spaß kostete Geld, und die Rechnungen der bürgerlichen Zeitungsverleger scheinen nicht gering zu sein. Die Böhmisches aber stehen vor leeren Kassen, sie wenden sich deshalb in folgendem Aufruf um Unterstützung an ihre Mitglieder und Freunde:

Wahlloper!

Ein Vierteljahr ist seit dem 4. Mai verfloßen. Die Reichstagswahlen brachten uns einen schönen Erfolg. Wir haben uns alle aus Herzgrund darüber gefreut, — mit welchen riesigen Unkosten das Ergebnis aber verbunden war, danach haben die wenigsten gefragt. Wohl opfereten viele treue Gesinnungsfreunde einen Sonderbeitrag, doch die Wahlschuld konnte damit bei weitem nicht gedeckt werden. Die unterzeichneten Verbände müssen vielmehr zu deren Abtragung monatlich 400 Rentenmark aufbringen. Was das heißt, kann jeder ermessen, der im Daseinskampf steht. Und in diesem harten Kampfe stehen wir Deutschböhmisches alleamt. Wir können unser Leben nicht fristen, nein, wir müssen

um unsre Erhaltung hart kämpfen. Deshalb muß es uns doppelt und dreifach schwer fallen, eine heute unwahrscheinlich klingende Summe von 11.000 Rentenmark selbst in oben erwähnten Monatsraten aufzubringen.

Es ist aber unsere Pflicht, die Pflichten jedes einzelnen Mitgliedes, den Betrag zu tilgen.

Vor der Wahl konnte die jüdische und marxistische Presse nicht genug von den ungeheueren Geldmitteln erzählen, die den Böhmisches zufließen. Heute höhnt man unsre Armut. Eine seine Kampfesart! Brüder und Schwestern, es gilt, diesem Gesindel zu beweisen, was völkischer Opferstimm vermag. Sammelt unermüdet für die Wahlkosten! Erübrigt jede Woche ein Scherflein, denn viel wenig ergeben ein Viel! Helft, helft, und nochmals: Helft!

Treue um Treue!

Deutschböhmisches Schutz- und Trugbund, Ortsgruppe Leipzig e. V.

Freie völkische Arbeiterschaft, Sitz Leipzig.

Große Schulden, leere Kassen, große Köpfe, die nichts fassen, das sind die Ergebnisse des 1. Mai in den Reihen der Böhmisches. Es sind die Symptome einer Bewegung, die langsam absterbt, absterben muß, zumal die Unternehmer für sie keine offenen Taschen mehr haben.

Jahresbericht der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen.

Der jetzt der Öffentlichkeit übergebene Jahresbericht der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen für das Jahr 1923 zeigt von dem Wirken dieser Organisation und ihrer, dem Wohle der hilfsbedürftigen deutschen Jugend gewidmeten Arbeit. Im Jahre 1908 ins Leben gerufen, hat sie im Laufe ihrer 16jährigen Tätigkeit in 97 deutschen Bezirkebezirken ihre Zweigstellen, die deutschen Bezirksjugendfürsorgen, geschaffen, so daß nunmehr die gesamte hilfsbedürftige deutsche Jugend erfasst und betreut werden kann.

Es war zunächst ihr Bemühen, Einrichtungen zu schaffen, in denen Kinder, die aus irgend einem Grunde vernachlässigt, verwaist, geistig oder körperlich geschädigt sind, untergebracht und durch sachrichtige Pflege und Erziehung wieder zu lebenskräftigen, gesunden und leistungsfähigen Menschen herangebildet werden können. So entstanden nach und nach die Heime: Ossega (Fürsorgeheim mit 50 Plätzen für schulpflichtige, erziehllich vernachlässigte Knaben), Spiegelsberg (Erziehungsheim mit eigener zweiklassiger Anstaltschule für 50 schwer erziehbare Jungen), Hohenelbe (Fürsorgeheim für 50 physisch veranlagte Knaben), Hohenelbe (Studentenheim für 25 Mittelschüler), Liboch (Mädchenheim für 25 erziehllich vernachlässigte Mädchen), Wandsdorf (Elisabeth-Kinderheim für 30 fürsorgebedürftige Knaben), Schönlinde (Theresien-Jugendheim für 40 fürsorgebedürftige Knaben), Alt-Grasdorf bei Reichenberg (Viebielgöches Kleininderland für 16 fürsorgebedürftige, gesundheitlich gefährdete Säuglinge und Kleinkinder mit Ausbildungstation für Fürsorgerinnen) und Reichenberg (Kinderstation im Zentralhaus für 20 Kinder zum vorübergehenden Aufenthalt zwecks Unternehmung und Zuteilung). Das Fürsorgeheim in Prachath und das ehemalige Zentralhaus (Einsches Haus) in Prag sind immer noch beschlagnahmt.

Im Berichtsjahre waren sämtliche in den Anstalten verfügbaren Plätze besetzt und erforderte die Erhaltung einen Gesamtanswand von 844.612.94 K. In 26 Pflegekolonien wurden 230 Kinder in Familienpflege betreut.

Zeit ihrem Bestande konnte die Deutsche Landeskommission 15.287 Kindern durch Anstaltsunternehmung, durch Versorgung in Familienpflege, Gewährung fortlaufender und einmaliger Erziehungsbeiträge, Aufnahme an Kindesstatt, Beldleidungsstellen, Ferienfürsorge usw. Rettung und Hilfe bringen und entfallen hievon auf das Jahr 1923 1701 Kinder mit einem Kostenauswande von 3.010.759.63 Kronen. Inbegriffen in dieser Zahl sind jene Kinder, die durch Vermittlung der Deutschen Landeskommission in Heilanstalten (Krüppelheim, Skrofuslofenheim, Taubstummen-, Blinden-, Lungenheilanstalten usw.) zur Besserung Heilung oder Ausbildung untergebracht waren.

Im Jahre 1923 betrugen die Ausgaben für die direkte Fürsorgearbeit 73 Prozent der Gesamtansgabe von 4.118.308.08 K, welcher Einnahmen von 4.023.725.94 K gegenüber standen. Einnahmen und Ausgaben übersteigen die des Vorjahres bedeutend, doch handelt es sich dabei hauptsächlich um die durchlaufenden Posten für das Arbeitslosen-Kinderhilfswerk, dessen Durchführung im deutschen Sprachgebiete Böhmens der Deutschen Landeskommission übertragen wurde.

Die Ernährungsaktion wurde in 45 Bezirken mit 219 Küchen und einem staatlichen Subventionsbeitrage von 632.942.91 K durchgeführt. Durch die Bekleidungsaktion kamen in 25 Bezirken (einschließlich der Lieferung der Großeinlaufgesellschaft für Konsumvereine in Prag), 32.191 Bekleidungsstücke zur Verteilung, welche dem Gesamtwerte von 1 Million Kronen entsprechen.

Die vorstehende, kurz umrissene zentrale Arbeitsleistung findet durch die Tätigkeit der Zweigvereine eine weitere Ergänzung, die wohl am besten aus der im Jahre 1923 von den deutschen Bezirksjugendfürsorgen für die Fürsorgearbeit aufgewendete Summe von 4.962.080.27 ersichtlich ist. 163 Mutterberatungsstellen, betreuten 13.561 Säuglinge. Kinderkassen, Kleinkinderhorte, Bewahranstalten sorgen für das Gedeihen des Kleinkindes und der vorschulpflichtigen Jugend, Horte, Jugendlesehallen, Schulspendensachen wurden zum Schutze des geistigen und körperlichen Wohles der schulpflichtigen Jugend erichtet. Für die schulpflichtigen Kinder bestehen Berufsberatungsstellen, Lehrhorte und Lehrhorte, wie überhaupt der Jugendpflege besonderes Augenmerk geschenkt wird.

Die Gewerkschaften und Internationale Sozialpolitik für die Landarbeiter.

Seit einigen Wochen macht sich ein Steigen der Preise fast aller Lebensmittel und vieler Gebrauchsartikel fühlbar, welches die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gefährdet, an der somit die Gewerkschaften nicht achtlos vorübergehen können.

Die Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei hat in den letzten Jahren ein vollgerüttelt Maß von Leid, Not und Entbehrung über sich ergehen lassen müssen. Eine furchtbare Krise, wie sie seit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise in den Südeuropäischen nicht aufgetreten war, erschütterte die Volkswirtschaft und machte tausende von Arbeitern arbeitslos. An der Wende des Jahres 1922-23 erreichte die Zahl der Arbeitslosen eine halbe Million, für einen Staat mit dreizehneinhalb Millionen Einwohnern eine erschreckend große Anzahl. Die nicht Arbeit fanden, waren auf die kärgliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen, sie konnten zur Not sich am Leben erhalten, irgend eine Anschaffung war nicht möglich. Außerdem gab es hunderttausende von Kurzarbeitern, die die Hälfte, ja ein Drittel ihres früheren Einkommens verdienten und damit auch zu einer Lebenshaltung genötigt wurden, bei der gerade noch die Erhaltung des Lebens möglich war.

Aber auch wenn die Arbeiter voll beschäftigt waren, sank ihre Lebenshaltung unter das unmittelbar nach dem Krieg erreichte Niveau. Die Deflationspolitik des tschechoslowakischen Staates bewog die Unternehmer zu Lohnherabsetzungen in einem Ausmaß, wie sie die heute lebende Arbeiterschaft bis dahin noch nicht gesehen hatte. Es gab Gegenden und Branchen, wo die Löhne bis zur Hälfte ihrer früheren Höhe gekürzt wurden. So kommt es, daß die Arbeiterschaft unter die Lebenshaltung gestoßen wurde, die sie vor dem Kriege hatte, selbst die Vergarbeiter haben heute einen geringeren Reallohn als 1914. Und zu allem dem noch hat die Regierung die Arbeitslosenunterstützung abgebaut, so daß die Arbeitslosigkeit heute den Arbeiter direkt vor das Nichts stellt. Damit aber zum Schaden noch der Spott gefügt werde, hat die bürgerliche Presse gesagt, daß die Arbeiter Opfer bringen müssen, um ihre Löhne dem gestiegenen Kronenkurs anzupassen.

In diese Situation fällt nun das in der letzten Zeit immer schärfer einsetzende Steigen der Lebensmittelpreise. Die Löhne der Arbeiter sind herabgesetzt und die Preise steigen, der Arbeiterschaft droht eine noch tiefere Herabdrückung der Lebenshaltung als es heute der Fall ist.

Zweifelloos liegen die Ursachen dieser für die Arbeiterschaft ungünstigen Lage darin, daß ihre gewerkschaftlichen Organisationen schwach sind. Nicht nur die Krise hat die Gewerkschaften geschwächt, insbesondere war es die Tätigkeit der Kommunisten, die in die bis dahin festen Burgen des Widerstandes der Arbeiterklasse den Samen der Zwietracht trugen und die Arbeiterschaft so vielfach um den einzigen Schutz kam den sie noch hatte. Die Kommunisten wollten die Gewerkschaften revolutionieren: Das Ergebnis ihrer Arbeit ist ein Trümmerfeld, auf dem sich kommunistische, gelbe, katholische, deutschnationale und deutschdemokratische Gewerkschaften herumtummeln und größer noch als alle Vereinigungen dieser Art ist das Heer der Indifferenten, das Heer der Gleichgültigen, die die Hoffnung auf einen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit verloren haben.

Aus diesen Ausführungen ist klar, was das Gebot der Stunde ist: die Arbeiter müssen sich in ihren alten gewerkschaftlichen Organisationen zusammenschließen, denn die sind ihr einziger „Wehr und Waffen“. Nur starke Gewerkschaften können die Arbeiterschaft vor dem drohenden Elend bewahren, Gewerkschaften, die auf die Erriahung von Jahrzehnten zurückblicken, deren Vertrauensmänner jene Taktik verfolgen, welche die Arbeiterschaft in früheren Jahren von Sieg zu Sieg geführt hat. Nur starke Gewerkschaften können der Arbeiterschaft die Lebenshaltung wieder erobern, die sie bisher hatte nur starke Gewerkschaften können die Träger von Lohnbewegungen werden, die mit dem Augenblicke notwendig sind, da die Teuerung weitersteigen wird.

Auf der dritten Hauptversammlung der internationalen Arbeitsorganisation, die im Oktober 1921 stattfand, wurden auch Fragen behandelt, die die Landwirtschaft betreffen. Einige Vorschläge und Uebereinkommen wurden beschlossen und den beteiligten Staaten im vorgeschriebenen Wege zur Kenntnis gebracht.

Der Behandlung von Fragen, welche die Landwirtschaft betreffen, wurden von agrarischer Seite Schwierigkeiten bereitet. Diese Kreise stellten sich auf den Standpunkt, daß die Behandlung solcher Fragen, die die Landwirtschaft angehen, durch das Internationale Arbeitsamt unzulässig seien, da im Friedensvertrag Teil 13, die Landwirtschaft nicht separat genannt ist. Diese Quertreiber gingen soweit, daß der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes sich gezwungen sah, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Haag anzurufen. Die Landarbeiterinternationale hat in ihrem erstatteten Gutachten an diesem Gerichtshof sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Internationale Arbeitsorganisation berechtigt ist, diese Fragen zu behandeln. Selbst aus den Vorverhandlungen über den Teil 13 des Friedensvertrages ist klar zu ersehen, daß auch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Interessen unter diese Abmachungen von vornherein bestand. Der Haager Gerichtshof hat denn auch nicht anders entscheiden können, als auszusprechen, daß das Internationale Arbeitsamt berechtigt ist, auch Fragen zu behandeln, die die Landwirtschaft betreffen. Die Ansicht der Agrarier war somit vereitelt.

So haben es die Agrarier nur zuwege gebracht, gegen die Tagesordnung Einwendungen zu heben. Die Regelung der Arbeitszeit, die auf der Tagesordnung stand, mußte abgesetzt werden, da nicht die Zweidrittelmehrheit dafür erreicht wurde. Die anderen Fragen wurden behandelt und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Wir haben schon damals gesagt, daß wohl eine Zeit gewartet werden muß, ehe diese Abmachungen von den einzelnen Staaten angenommen und durchgeführt werden. Wie recht wir hatten, ersehen wir an unserem Staat. Obwohl der Artikel 405 des Friedensvertrages sagt:

„Jeder Mitgliedsstaat verpflichtet sich, spätestens ein Jahr nach Schluß der Tagung der Hauptversammlung (oder wenn es infolge von außerordentlichen Umständen innerhalb eines Jahres unmöglich ist, so bald es anginglich ist, aber unter keinen Umständen später als achtzehn Monate nach Schluß der Tagung der Hauptversammlung), den Vorschlag der Entwürfe zu einem Uebereinkommen der zuständigen Stelle oder den zuständigen Stellen zu unterbreiten, damit er zum Gesetz erhoben oder eine anderweitige Maßnahme getroffen wird.“

Hat sich unsere Regierung mit der Ratifizierung dieser Beschlüsse hübsch Zeit gelassen. In Genf wurden sieben Vorschläge und drei Entwürfe eines Uebereinkommens beschlossen. Nach 30 Monaten hat man sich endlich entschlossen, zwei Uebereinkommen zu akzeptieren. Alles andere hat man noch in der Schublade der Regierung aufbewahrt. Trotz des Friedensvertrages, auf dessen peinliche Einhaltung unsere Staatslenker immer drängten, halten sie sich selber nicht daran. Wir sind schon der Auffassung, daß die Regierung die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß die auf der Arbeitskonferenz vereinbarten Beschlüsse auch in der festgesetzten Zeit verwirklicht werden. Oder ist vielleicht unser Klima dazu nicht geeignet? Der Staat würde wahrlich nicht zerbrechen, wenn er auch die übrigen Uebereinkommen und Vorschläge praktisch durchführen möchte.

Ratifiziert hat man: 1. Das Uebereinkommen betreffend das Alter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in der Landwirtschaft. Danach dürfen Kinder unter 14 Jahren nur außerhalb der für den Schulunterricht festgesetzten Zeit beschäftigt werden. Der Schulbesuch darf dadurch aber nicht beeinträchtigt werden.

Zum Zwecke praktischer Berufsausbildung können die Unterrichtsstunden und der Schulbesuch derart festgesetzt werden, daß die Kinder bei leichteren, insbesondere Erntearbeiten beschäft-

igt werden können. Der Schulbesuch darf aber nicht unter acht Monate herabgesetzt werden. Auf Arbeiten in Fachschulen, die von den öffentlichen Behörden genehmigt und kontrolliert werden, sind diese Einschränkungen keine Anwendung.

2. Das Uebereinkommen betreffend das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. Dieses ist in der gleichen Weise zugestanden und gesichert, wie das der Industriearbeiter.

Viel ist es nicht, was man am Schutz festgelegt hat, aber immerhin besser als nichts. Es ist hoffentlich nur ein Anfang, den man gemacht hat. Einige andere, ebenfalls wichtige Probleme, hat man ausgeschaltet. Ein Uebereinkommen, dessen Ratifizierung wichtig und nötig ist, betrifft die Entschädigung bei Arbeitsunfällen. Wiederholt haben wir schon auf die dringende Notwendigkeit verwiesen, die Unfallversicherung auch auf die Landwirtschaft auszudehnen. Das, was darüber festgelegt ist, entspricht nicht dem, was sein soll. Es wird auch nur ein Bruchteil der Arbeiter davon erfasst. Daß aber die Unfallversicherung eine Notwendigkeit ist, wird niemand bestreiten können. Bei der Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß selbstverständlich auch die Forstarbeiter der Unfallversicherung bedürfen. Die Zahl der Unfälle ist nicht gerade klein und es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, daß gegen solche Ereignisse, die außerhalb der menschlichen Beeinflussung liegen, der Arbeiter versichert ist. Dies ist notwendig, damit er oder seine Angehörigen nicht den Zufälligkeiten ausgeliefert sind, im Falle eines Unfalles.

Auch die Vorschläge betreffend Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, den Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen vor und nach der Niederkunft, die Nacharbeit der Frauen in der Landwirtschaft, die Nacharbeit der Kinder und Jugendlichen in der Landwirtschaft, die Sozialversicherung in der Landwirtschaft sind ebenfalls noch nicht akzeptiert. Es sei zugegeben, daß die Vorschläge betreffend der Nacharbeit augenblicklich nicht von besonderer Wichtigkeit sind. Durch die Arbeitsverträge ist diese Frage zum größten Teile gelöst. Ob momentan mehr oder minder wichtig spielt nicht die ausschlaggebende Rolle.

Die Ausführung der Vorschläge und Uebereinkommen durch Gesetz ist unbedingt nötig. Gewährt schon der Friedensvertrag einen Schutz der Arbeit, so ist es unsere Pflicht, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf die Einhaltung dieser Bestimmungen zu dringen. Auch die Durchführung der von der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossenen Maßnahmen zu fördern und deren Ausführung von der Regierung zu verlangen ist eine unserer Aufgaben. Wir wissen, daß das Internationale Arbeitsamt allein nicht imstande ist, und wer weiß was zu bringen. Jede Erleichterung deren wir bedürfen, müssen wir auch weiterhin im harten Kampfe dem Unternehmertum und dem Staat abringen. Aber was uns durch die Arbeitsorganisation gebracht wird, gilt es durchzusetzen und zu verteidigen. Wo immer wir nur können, sollen wir die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes fördern und erleichtern.

Von unserer Regierung erwarten wir, daß sie bald auch die übrigen Beschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation zur Ausführung bringt und die Hindernisse, die dem entgegenstehen, zu beseitigen trachtet. Die Agrarier werden keineswegs zu Grunde gehen, wenn die Beschlüsse durchgeführt werden.

Es wäre gut, wenn auf einer der nächsten Konferenzen einige Vorschläge und Uebereinkommen auch auf die Forstwirtschaft ausgedehnt würden. Vielleicht ist es nur ein Formfehler, daß man dies damals unterlassen hat, aber es könnte sich daraus sehr leicht ein neuer Kompetenzstreit ergeben. Wir können nicht annehmen, daß man die Forstarbeiter von der Zubilligung bestimmter Schutzmaßnahmen ausschließen will.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die tschechoslowakische Republik auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Sozialpolitik ihre Pflicht täte.

September 1922 so viel wie nichts unternommen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei endlich in Ordnung zu bringen, die industrielle Tätigkeit zu heben und in der Zoll- und Handelspolitik jene Schritte zu tun, die zur Belebung der Industrie und zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs unerlässlich sind.

4. In der Finanzpolitik hält die Regierung trotz aller Warnungen einschränker Volkswirtschaftler an den Weiboden fest, die zur Steigerung des Zinsfußes geführt haben. Deshalb ist sie mitverantwortlich für die Folgen, die daraus für die gesamte Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei entstanden sind. Abre Steuer- und Tarifpolitik wirkt verneinend auf die Erzeugnisse der Industrie und der Landwirtschaft und lähmt damit die wirtschaftliche Entwicklung.

5. Mit der zunehmenden Teuerung ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit unausbleiblich. Auch deshalb müßte die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die notwendigen Maßnahmen gegen das Ansteigen der Preise durchzuführen. Die spekulative Ausnutzung der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes muß durch die Staatsverwaltung mit genügender Schärfe bekämpft werden.

6. Um zu verhindern, daß durch die wachsende Teuerung die Not der Arbeiter bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, muß die Arbeiterschaft zu entsprechenden Abwehrmaßnahmen greifen. Die Löhne müssen in ein entsprechendes Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung gebracht werden. Ein Ausgleich zwischen den Lebensmittelpreisen und den Löhnen und Bezügen der Arbeiter und Angestellten muß, wenn die Regierung in der Bekämpfung der Teuerung verlagert, durch gewerkschaftliche Kampfmittel erreicht werden.

Die Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet, daß die sozialparlamentarischen Parteien bei Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses sofort Anlauf nehmen werden, von der Regierung ein Einschreiten gegen das Ansteigen der Preise auf dem Lebensmittelmarkt und Maßnahmen gegen die Teuerung zu verlangen.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Internationale Angestelltenkonferenz. Mitwirkend trat in Zürich der Vorstand des Internationalen Bundes der Privatangestellten zu einer Tagung zusammen. Der Bund mit dem Sitz in Amsterdam umfaßt in 15 europäischen Ländern 820.000 Mitglieder und ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Im Vorstand des Bundes sitz u. a. auch die Tschechoslowakei durch den Delegierten K. L. S. vertreten. Der Mitwirkend war in der Hauptsache den verschiedenen Berichten gewidmet. Donnerstag wurden die Beratungen zu Ende geführt. Der Vorstand nahm als neue Mitglieder den Abund in Polnisch-Oberschlesien und den rumänischen Handelsangestelltenverband auf. Er beschloß die Teilnahme an den beiden nach Prag einberufenen internationalen Kongressen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für Arbeiterschutz und stellt einen Entwurf zu einem Fragebogen zusammen, zu Händen des internationalen Arbeitsamtes in Genf, für dessen geplante Erhebungen über die Arbeitsbedingungen der Angestellten. Der Vorstand soll sich ein Bild verschaffen über die Organisation der Handelsreisenden in den verschiedenen Ländern zu einer eventuellen Einberufung einer internationalen Konferenz derselben. Der Kongress wird im Dezember 1925 in Kopenhagen stattfinden, in Verbindung mit einer besonderen Tagung der tschechischen und der Banlangestelltenverbände und sich hauptsächlich mit der sozialen Gesetzgebung der Angestellten und Arbeiter, dem Achtstundentage, der rechtlichen Gleichstellung der einheimischen und der ausländischen Angestellten sowie mit der Frage des sogenannten Industrieverbandes (gemeinsame Organisation von Arbeitern und Angestellten), wozu der Vorstand eine abzeichnende Haltung einnimmt, befassen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei im Jahre 1923.

Die Zentralgewerkschaftskommission legt soeben einen Teil ihres Berichtes für das Jahr 1923 vor (der vollständige Bericht wird erst dem Gewerkschaftskongress im Dezember 1924 vorgelegt werden). Danach beträgt die Zahl der Mitglieder der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände 217.149 (gegen 285.876 im Dezember 1922). Der Rückgang der Zahl der Mitglieder ist hauptsächlich auf die Folgen der Wirtschaftskrise im Jahre 1922 zurückzuführen, welche erst im folgenden Jahre zur Auswirkung kamen. Erfreulicherweise bringt die gebesserte Wirtschaftslage schon jetzt eine langsame Steigerung der Zahl der Mitglieder und der Tätigkeit der Gewerkschaften mit sich.

Wir werden den Bericht noch zusammenfassend besprechen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei zur zunehmenden Teuerung.

Die Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich mit dem Ansteigen der Preise vieler Lebensmittel und anderer wichtiger und unentbehrlicher Bedarfswaren beschäftigt und beschlossen:

1. Die angeschlossenen Verbände und Kreisgewerkschaftskommissionen aufzufordern, den Umfang der eingetretenen Teuerung festzustellen und das Steigen der Lebensmittel- und Warenpreise genau zu verfolgen. Insbesondere sind die Wirkungen der neuen Teuerungswelle auf die Lebenshaltung der Arbeiter

und das Mißverhältnis der Löhne nach dem erfolgten Lohnabbau zu den jetzigen erhöhten Kosten der Lebenshaltung aufzuzeigen.

2. Die tschechoslowakische Regierung ist mitschuldig daran, daß in den letzten zwei Jahren in allen Berufsgruppen ein überaus umfangreicher Lohn- und Gehaltsabbau von den Unternehmern durchgeführt und erzwungen wurde. Sie hat dazu durch die Drosselung der Bezüge der Staatsangestellten die Anregung gegeben und ist daher mitverantwortlich für die Folgen, die daraus entstanden sind. Die Löhne und Bezüge der Arbeiter und Angestellten sind nach dem Lohnabbau so gering bemessen, daß jede Veränderung der Preise auf dem Lebensmittelmarkt nach aufwärts sie empfindlich trifft.

3. Die Regierung hat außerdem entgegen ihren feierlichen Versprechungen vom

Ein russischer Zug von Räubern zur Entgleisung gebracht.

Der Zug in Brand geraten. — Viele Reisende getötet oder verwundet.

London, 29. August. „Daily Evening“ meldet aus Odessa, ein Eisenbahnzug nach Moskau sei 200 Meilen von Odessa entfernt von Räubern zur Entgleisung gebracht worden und in Brand geraten. Viele Reisende seien getötet oder verwundet worden. Von der nächsten Station wurden Hilfszüge entsendet.

Eisenbahnkatastrophe in Indien.

London, 29. August (Sabas.) Die Blätter melden aus Lahore (Sindien), daß bei einem Eisenbahnunfall gegen 100 Personen getötet und verletzt worden sind.

Ueber die neueste sozialdemokratische Niederlage hat der Duxer „Tag“ aus Joachimsthal einen eifertigen Bericht erhalten. Die Niederlage haben wir in der Krankenkassenfrage erlitten und das vor allem, weil „ein großer Teil der Arbeiterschaft nunmehr feind geworden“ ist. Die Ortsgruppe Joachimsthal des deutschen Gewerkschaftsverbandes hat eine öffentliche Versammlung einberufen, damit „den Beschäftigten endlich einmal aufgezeigt“ werde, „was“ — wir zitierten wörtlich den „Tag“ — „in der Joachimsthaler Krankenkasse ist und was sein sollte“. Der Bericht des Duxer „Tag“ sagt dann aber kein Wort darüber, was also eigentlich in der Joachimsthaler Krankenkasse ist und was sein sollte. Nach dem Duxer „Tag“ handelte es sich in dieser Versammlung überhaupt nur um die Frage der freien Arztwahl, und der Bericht versäumt es nicht, die in der Versammlung anwesenden Sozialdemokraten als bloße Schreier und Verleumder hinzustellen. In Wirklichkeit hat sich die Sache ganz anders verhalten. Der Bericht des Duxer „Tag“ verschweigt es vollkommen, daß die Versammlung von den Krankenführern gegen die „Mikrowirtschaft in der Krankenkasse“ einberufen wurde, daß ferner der „gelbe“ Hauptreferent selbst zugeben mußte, daß er von einer Mikrowirtschaft in der Joachimsthaler Krankenkasse nicht sprechen könne — er hätte übrigens den Rechnungsabfluß überhaupt nicht gelesen — und daß Genosse Horn-Karlsson den ganzen Schwindel deutlich aufgezeigt hat, der von den Böfischen mit der „Mikrowirtschaft in der Krankenkasse“ und der freien Arztwahl getrieben wird. Am Schlusse der Versammlung war nurmehr ein kleines Häufchen „Selber“ im Saale übrig, die sich gegenseitig darüber bittere Vorwürfe machten, daß sie mit der Versammlung den Sozialdemokraten zu einem so unerwarteten Erfolge verholfen haben. Das weiß der Duxer „Tag“ genau. Um nun die eigene Blamage zu verschleiern, spricht er von allem anderen als von dem, was in der Versammlung zur Sprache stand. Jeder Mensch kennt diese Methoden: es sind die eines Hochtäufers.

Unternehmerwillkür. Unter diesem Titel brachten wir eine Notiz über die Zustände bei der Prager Textilfirma Wilhelm Leberhart, Michalska 5. Diese Notiz hatte die Wirkung, daß das Gewerbeamt der Stadt Prag eine Untersuchung vornahm, die zuzugehörte, daß die von uns geschätzten Verhältnisse der Ausnutzung der Angestellten voll berechtigt sind, daß insbesondere die Arbeitszeit nach Willkür des Unternehmers verlängert werde. Der Chef sicherte wohl der Behörde eine Besserung der Zustände zu. Leider blieb es bei dem Versprechen. Der Chef erklärte den Angestellten, daß er ihnen für die überstunden freie Tage während der Woche bezahligen werde. Innerhalb 14 Tagen haben die Angestellten nun mehr als 30 Ueberstunden ohne Vergütung und ohne Ersatz geleistet. Der Unternehmer hat wieder Mut bekommen und erklärt, er pfeife auf jedes Gesetz, umso mehr, als die vorgeschriebenen Strafen im Verhältnis zur Ausbeutung der Angestellten gering sind. So macht der Unternehmer mit einer eventuellen Strafe des Gewerbeamtes noch Geschäfte. Dies unwürdige Verhalten wird sich hoffentlich die Behörde nicht gefallen lassen und auch den Angestellten wird endlich einmal die Geduld reizen. Solche Lebensart gibt es in der Tschechoslowakei viele. Nur die Lausheit der Arbeiterschaft verschärft die Situation; es gibt da nur ein Mittel: Hinein in die freie Gewerkschaft!

Behördliche Schikanen der Konsumvereine. Wir lesen in der „Konsumgenossenschaft“. Der Reichsverband der Kaufmannschaft hat auf seiner jüngsten Tagung eine Resolution angenommen, in welcher die Behörden aufgefordert werden, die Konsumvereine zu schikanieren. So deutlich lassen wir diese Resolution auf, die ihren Zweck natürlich nicht so offen ausspricht. Immerhin können die Kaufleute mit den ersten Erfolgen ihrer Entschliebung zufrieden sein. Eine Bezirkshauptmannschaft droht einem Konsumverein mit Schließung der Verkaufsstelle, falls Waren an Nichtmitglieder abgegeben werden sollten. Der im „Samstagsblatt“ vom Juli erzählte Vorgang, daß ein Gendarm dem Lagerhalter mit Strafanzeige droht, falls der Konsumvereinsladen nicht um 6 Uhr abends geschlossen würde, wiederholt sich auch an anderen Orten. Einem Konsumverein wurden alle Brote und Semmeln konfisziert, also von der Behörde aus seinem Laden weggenommen, weil die Brote angeblich keine Preisbezeichnung gehabt hatten. Wegen Konsummangels begnügen wir uns für heute mit der kurzen Anführung bloß dieser Beispiele und werden auf diese Unverschämtheiten noch zu-

rückkommen. Uebrigens hat der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften bei den Zentralschleusen sofort energische Schritte unternommen, um diese behördlichen Schikanen gegen Konsumvereine abzuwehren.

Wie in der Tschechoslowakei gespart wird. Nach den „Lidove Listy“ hat die Tschechoslowakei eine Expedition nach Mesopotamien entsandt, die zumindest eine Million, wahrscheinlich aber weit mehr gekostet hat. Davon könnte man 140 Beamten das Gehalt von 1400 K auf 2000 K erhöhen. In einem gewissen Amte, so schreibt das genannte Blatt weiter, hat sich der Vorstand einen Teppich für seine Kanzlei um nicht weniger als über 100.000 K gekauft. Die Gesandtschaften in Ägypten und Brasilien seien weitere Beweise dafür, daß die Regierung nicht überall spart, wo sie es könnte.

Reformen in der gerichtlichen Medizin. Das Justizministerium hat, nach einer offiziellen Meldung, einen Gesetzentwurf über eine teilweise Reform im Ressort der gerichtlichen Medizin ausgearbeitet. Der Gesetzentwurf regelt die Institution der Gerichtsärzte-Räte, denen im wesentlichen die Abgabe von Gutachten über allgemeine Fragen, wie sie im Verlaufe der Gerichtsverhandlungen aufstehen, die Ueberprüfung der Gutachten der Gerichtsärzte, sowie die Beteiligung bei den gerichtlichen Prüfungen zusteht. Weiters regelt der Gesetzentwurf die Verzeichnisse der ordentlichen Sachverständigen (Ärzte) und ermächtigt die Regierung zur Feststellung der Gebühren der Ärzte und Chemiker als Sachverständige, im Verordnungswege. Die Gerichtsärzte-Räte sollen bei den Kollegialgerichten der ersten Instanz mit Strafschlichtbarkeit, in Prag, Brünn und Preßburg zur Errichtung gelangen. Gleichzeitig hat das Justizministerium den Entwurf einer Regierungsverordnung ausgearbeitet, mit welcher die Organisation und Geschäfts-Ordnung sowie die Gebühren der Gerichtsärzte-Räte, sowie die Prüfungsordnung für Gerichtsärzte-Prüfungen und endlich die Gebühren der Gerichtschreiber im Strafverfahren, festgelegt wird.

Gratis. Im Informativteil der „Deutschen Tageszeitung“ (Berlin) finden wir folgende niedliche Anzeige:

Gratis

Lebensgroßes Künstler. Delgemälde des Kaisers in kostbarem Rahmen, fast zwei Meter groß. Abzugeben gegen Berechnung des Rahmens für 300 Mk. Angebote unter R. X 34931a an den Verlag dieser Zeitung.

Die „D. Z.“ ist gut böfisch und für sie ist „ER“ immer noch der Inbegriff alles Erbarmens, von dem erfahrungsgemäß nur ein Schritt zum Lächerlichen ist, den „ER“ allerdings schon oft genug getan hat. Und nun das Groteske: Der Rahmen wird mit 300 Mark bewertet und „Z. Z.“ Bild gewissermaßen als Zugabe gratis abgegeben. Wahrscheinlich; besser konnte „ER“ nicht gewertet werden. Freilich bleibt die Frage immer noch offen, ob „Z. Z.“ jemand umsonst haben will.

Sieben Millionen in Deutschland ohne eigenes Bett. Ueber Wohnungsnot und Reichthumsunterschied in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Tharandt der Geschäftsführer des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes, Ehrentraut. Der Redner schilderte eintleitend die Wohnungsnot, in der sich die große Masse des deutschen Volkes befindet. 1.200.000 deutsche Familien suchen eine eigene Wohnung und können keine finden. Etwa sieben Millionen Menschen haben, hauptsächlich infolge des Zusammenstößens in engen Räumen, kein eigenes Bett. 75 Prozent der Gosteskranken stammen aus Gegenden, in denen gesteigerte Wohnungsnot herrscht.

Ein unschuldig Opfer des Militarismus. Laut der „Böfischen Zeitung“ entlud sich bei den Vorbereitungen zum Abtransport der Mannschaft des in Sterkrade stationierten belgischen Kampfschwaders die Pistole eines Unteroffiziers. Die Kugel drang dem 14jährigen Wälder Konz in den Kopf, so daß er sofort tot zusammenbrach.

Verhafteter Wertpapierfälscher. In der letzten Zeit sind in riesigem Umfang sächsische Goldschuldverschreibungen über 10 und 20 Goldmark gefälscht worden, so daß sämtliche Scheine aus dem Verkehr gezogen werden mußten, da sie niemand mehr annahm. Nach wochenlangen Bemühungen ist es der Kriminalpolizei jetzt gelungen, die Fälscher und eine große Anzahl von Helfershelfern zu ermitteln und festzunehmen. Die eigentlichen Fälscher sind der Lithograph August Zimmermann aus Dresden und der Photograph Köhler aus Bautzen. Während Zimmermann schon vor einigen Tagen festgenommen werden konnte, war der Aufenthalt Köhlers zunächst nicht zu ermitteln, bis er schließlich in der sächsischen Schweiz ausfindig gemacht und gerade in dem Augenblicke verhaftet werden konnte, wo er abreisen wollte. Den Fälschern wurde auch die Nachahmung von Zigarettenstempeln nachgewiesen. Durch diese beiden Fälscher sind dem sächsischen Staat und dem Wirtschaftsleben große Schäden angerichtet worden.

Das nennt man noch Sport! Im Londoner Kristallpalast findet gegenwärtig zehn Stunden lang täglich auf ein sechs Tage berechnetes Wettrennen zwischen dem bekannten Berufsläufer Hart und einem Pferd mit dem Jockey Nightingall im Sattel statt. Während der ersten beiden Tage war es dem Läufer geglückt, einen Vorsprung von mehreren Kilometern zu erzielen. Am Ende des dritten Tages war er indessen von dem Pferd stark überholt. Dieses hatte 207 Kilometer zurückgelegt gegen 215 Kilometer, die der Läufer zu seinen Gunsten buchen konnte. Die

Voraussetzungen über den endgültigen Sieg sind geteilt, der Läufer selbst ist aber von seiner Ueberlegenheit zum Durchhalten überzeugt und zweifelt nicht, daß er am sechsten Tage als Sieger aus der Konkurrenz hervorgehen werde. Das würde für die Intelligenz des Pferdes sprechen. Es ist eben nicht so leicht ein Pferd, daß es sechs Tage lang in der Runde läuft.

20 Dollar monatlich Alterspension in Kanada. Die kanadische Regierung, so wird gemeldet, sammelt Material in allen Provinzen Kanadas, um der nächsten Legislatur einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach alle über 70 Jahre alten Personen eine Alterspension von 20 Dollars monatlich erhalten sollen. Die Kosten dafür sollen von den einzelnen Provinzen getragen werden. Die Zahl der Pensionäre würde 98.000 betragen und die Kosten würden sich auf 11.860.000 Dollars jährlich belaufen.

Militärische russische Filmpropaganda. In Bukarest herrscht Aufregung über einen Film, der vom russischen Propagandabüro aufgenommen worden ist. In diesem Film sieht man rumänische Soldaten den Dnestr überqueren. Dann greift die Rote Armee ein und verjagt die Angreifer. Am 13. und 15. August hat in der Nähe von Tirasspol, unweit der bessarabischen Grenze, diese Filmschlacht stattgefunden. Die rumänischen Soldaten waren russische Statisten, und die ganze Szene ist offenbar gedreht worden, um der russischen Bevölkerung die angebliche Notwendigkeit einer starken Heeresmacht an der bessarabischen Grenze anschaulich zu machen.

Ein Streit um das größere Verdienst am Massenmorden. Der „N. Y. American“ läßt einen amerikanischen Offizier der Pershing-Armee erzählen, wie eiferfüchtig Amerikaner und Franzosen sich um das „Verdienst“ am Massenmorden streiten: „Unter den mit dem Dampfer „George Washington“ in New York gelandeten Passagieren befanden sich mehrere, die in Frankreich waren und auch die Schlachtfelder besucht hatten. Sie erzählten entzückt, wie die Franzosen die Verdienste, welche die Amerikaner an der Gewinnung des Weltkrieges hatten, auf jede Weise verringern und schmälern. Ein früherer Offizier, der den Krieg mitgemacht und manchen von seinen Leuten hatte fallen sehen, sagte: „Es wird hohe Zeit, daß Amerika Pamphlete unter den amerikanischen Touristen, die nach Frankreich reisen und die Schlachtfelder besuchen, zirkulieren läßt, Pamphlete, die die Wahrheit über die Teilnahme unserer Truppen an dem Kriege enthalten. Die amerikanischen Touristen besteuern einen Omnibus, bezahlen ungefähr 30 Dollar und werden nach den Schlachtfeldern geführt. Die des Englischen mächtigen französischen Führer erzählen den Amerikanern ganz unverschämte, daß unsere Truppen nur so weit gingen... Dabei deuten sie auf einen Platz ungefähr 30 Kilometer hinter der Linie, wo unsere Jungens kämpften und fielen, um den Krieg für die Franzosen zu gewinnen. Dann bringen diese französischen Führer die Touristen weiter entlang der Front und weisen mit Stolz auf die Plätze, die die französischen Truppen genommen haben... sollen. Ich weiß positiv, daß in vielen Fällen Terrain als von den Franzosen erobert gezeigt wurde, das tatsächlich von unsern Jungens genommen worden war. Kurz, die Franzosen geben den amerikanischen Soldaten das schmutzige Ende des Sackens.“ — Den Nutzen dabei haben jedenfalls nur die Omnibuseigentümer, die sich die Sensationslust der Amerikaner schwer bezahlen lassen.

Furchtbare Unwetterskatastrophe in Japan. Der „New York Herald“ meldet aus Tokio, daß durch niedergehende Regen in der Gebirgsgegend von Hakone bedeutende Erdrutsche stattfanden und daß weite Strecken Landes überflutet worden. In Satodate hat eine Feuersbrunst 98 Häuser zerstört.

Ein Schoner gekeltert und mit der ganzen Mannschaft gesunken. Der Schoner „Anna MacDonald“ aus Charlottetown ist während eines Orkans gescheitert. Der Kapitän und die Besatzung von fünf Mann sind ertrunken.

Au Klug Klauer, die die eigenen Kampfmethoden zu spüren bekamen. Eine förmliche Schlacht, welche die ganze Nacht andauerte, wurde in einem Felde in der Nähe von Lancaster in den Vereinigten Staaten zwischen Klauenteuten und befreundeten Zuschauern und einer wütenden Menge ausgetragen. Die angriffende Menge wurde erst am Morgen nach dem Entreffen von einem weiteren Trupp Staatspolizei — die natürlich auf Seite der kapitalistischen Nordwesten steht, — vertrieben. Zwischen 500 bis 800 hatten sich an den Kämpfen in der Nacht beteiligt. Eine große Anzahl von Personen erlitt Verletzungen, fünf davon ernstlicher Natur durch Knüppel und Steinwürfe. Drei Personen hatten Wunden aufzuweisen, die anscheinend durch eine mit Steinolz geladene Schrotbüchse verursacht wurden. Die Feindlichkeiten begannen abends, als sich 300 Mitglieder des Au Klug Klan und Zuschauer auf dem Felde versammelten. Sie wurden sofort von einer 500 Personen starken Menge angegriffen. In dem nahegelegenen Spencer wurde ebenfalls eine Klaueransammlung angegriffen. Staatspolizei zerstreute auch hier die Menge und nahm fünf Verhaftungen vor. Die lokale Polizei war nicht imstande, der Situation Herr zu werden. Zwei Automobile, in welchen Klauenteute einen Durchbruchversuch machen wollten, wurden von der belagernden Menge schwer beschädigt. Der angerichtete Materialschaden wird auf 15.000 Dollars veranschlagt. Eine Anzahl Verhaftungen wurde am frühen Morgen vorgenommen. Fünf der Festgenommenen wurden schuldig befunden

und auf je drei Monate in die Besserungsanstalt geschickt. Sie erklärten fädelich, Berufung einlegen zu wollen und blieben vorläufig gegen Bürgschaft auf freiem Fuß.

Der Touristenverkehr in Dänemark steigt. Nach der dänischen Touristenzentrale haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 145.000 Fremde Kopenhagen besucht. Das ergibt rund 15.000 mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs wird besonders auf den nach langer Kriegs- und Inflationspause wieder eintreffenden deutschen Fremdenstrom zurückgeführt.

Ein furchtbares Verbrechen ereignete sich im Dorfe Sargelsberg bei Steyr in Oberösterreich. Unbekannte Räuber drangen in der Nacht in den Besitz des Josef Rösser ein und verließen sich im Stall. Als sie vom Bruder des Besitzers Johann Rösser und dem Anecht Mayer entdeckt wurden, warfen sie sich auf die beiden Männer und verletzten sie schwer. Sodann zündeten sie den Stall an und entflohen. Die Feuerwehr rettete einen kleinen Teil der Gebäude, der größere brannte nieder. Unter den Trümmern der Brandstätte wurden die Schwerverletzten gefunden. Beim Transport mittels Autos nach Steyr verstarb plötzlich der Motor und das Auto stürzte um. Dabei kam der Feuerwehrmann Steinhuber unter die Räder und wurde auf der Stelle getötet. Später gelang es, den Wagen aufzurichten und die Schwerverletzten in das Spital zu führen.

Trogti und die Juwelenhändler. Ein interessanter Prozeß mit politischem Hintergrund wird in der nächsten Zeit das Berliner Gericht beschäftigen. Beim Generalkommissariat war ein Deutsche, namens Stein angestellt, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die aus dem Osten nach Deutschland kommenden Juwelenhändler, die meist intensiven Schmuggel betreiben, zu beobachten und abzufassen. Stein stellte nun in einem Kaffee am Alexanderplatz fest, daß dort außerordentlich elegant gekleidete Russen auftraten und erlesene Edelsteine zum Kauf anboten. Der Beamte, der den außerordentlich hohen Wert der Brillanten kannte, konnte schließlich feststellen, daß die Russen in Berlin mit Persönlichkeiten in Verbindung stehen, die der Sowjetvertretung nicht unbekannt sind. Da die Angelegenheit verdächtig war, machte Stein seiner Behörde Mitteilung und diese wollte die Russen verhaften. Auf rätselhafte Art hatten die Händler jedoch von dem gegen sie eingeleiteten Verfahren Nachrichten bekommen und verschwanden bei Nacht und Nebel. Es gelang nur, einen mit ihnen in Verbindung stehenden Mann festzunehmen, der jedoch behauptete, über die Art der Geschäfte seiner Freunde und ihre wirklichen Namen nicht orientiert zu sein. Man fand auch bei ihm einige wertvolle Steine, die offenbar von den Russen stammten. Gegen diesen Mann wurde die Anklage erhoben. Dieser aber drehte den Spieß um und behauptete, der Zollbeamte hätte versucht, von den Russen Geld herauszuschlagen. Der Verteidiger des verhafteten Russen suchte in die Akten, die pflichtgemäß gegen den Zollbeamten angelegt worden waren, Einblick zu erhalten, wurde aber vom Gerichte abschlägig beschieden. Darauf ereignete sich etwas Merkwürdiges. Trogti wurde durch die russische Postkraft beim Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig und stellte den Antrag, daß im Interesse des unter Anklage stehenden russischen Staatsbürgers dem deutschen Verteidiger Gelegenheit gegeben werde, die gegen Stein angelegten Akten einzusehen. Das Auswärtige Amt intervenierte in dieser Angelegenheit. Vor allem soll nun Klarheit darüber geschafft werden, wer die geheimnisvollen Juwelenhändler gewesen sind, und welche Gründe maßgebend waren, eine diplomatische Aktion einzuleiten.

Wohnungsanforderung mit Gasmaske und Panzerhemd. In der Nähe der Madonnakirche in Paris wohnt der aus Ungarn stammende Beamte Johann Szabo, der seit längerer Zeit seinen Mietzins nicht zahlte und deshalb von der Behörde eine Aufforderung erhielt, seine Wohnung zu räumen. Da Szabo die Wohnung nicht verlassen wollte, ist ein Mann vom Gericht bei ihm erschienen. Szabo wehrte sich mit Revolver gegen ihn. Daraufhin sind Polizisten angekommen, Szabo hob aber auch gegen diese seinen Revolver. Nun versuchten die Wachleute mit betäubendem Gas Szabo unschädlich zu machen. Er rief aber schnell sämtliche Fenster seiner Wohnung auf. Das Gas wurde vom Luftzug in das Stiegenhaus getrieben, wo die Wachleute standen und diese betäubt wurden. Endlich ist es zwei Wachleuten gelungen, mit Gasmaske und Panzerhemd ausgerüstet, in die Wohnung Szabos einzudringen und ihn zu verhaften.

Ein neuer Tauchapparat. Versuche mit einem neuen Tauchapparat werden zurzeit im Waikanaesee angestellt. Der Apparat, eine Erfindung des Württembergers Goll, ist eine Art gepanzertes Taucherganzug. Mit ihm sollen Tiefen bis zu 110 Meter erreicht werden sein. In 85 Meter Tiefe soll man bis zu fünf Stunden mit dem neuen Apparat gearbeitet haben. Es wurde festgestellt, daß das Sonnenlicht bei ruhigem Wetter bis in eine Tiefe von 100 Meter reicht.

Deutsche Schule und Kindergarten in Prag-Lieben. Einschreibungen täglich im Schulgebäude, Primatorska 212, II. Stock, von 10 bis 12 Uhr. Unterrichtsbeginn Montag den 1. September 8 Uhr vormittags.

Witterungsüberblick vom 29. August. Beim Vorbezug einer Tiefdruckfurche hörten Donnerstag in den Tagesstunden die Niederschläge im größten Teile der Republik auf; geringe Regenmengen (1—2 Millimeter) kamen lediglich in den nördlichen und südlichen Teilen Böhmens zur Beobachtung. In Ostmähren hätte nachmittags ungarischer Brod ein Gewitter mit 9 Millimeter Regen. Ueber Mitteleuropa hat sich vorübergehend ein Streifen höheren Druckes gebildet, der sich von Südwesten nach Nordosten erstreckt. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Keine wesentliche Änderung.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftsorganisation der Zukunft.

Der Krieg hat nicht nur gewaltige politisch-Veränderungen in der Welt geschaffen, sondern vielleicht noch größere, wenn auch nicht so sichtbar. Mittelmächten und damit auch den Nachfolgestaaten, gingen die überseeischen Absatzgebiete und die Transportmittel verloren. Rußland schied als Käufer und Verbraucher vollständig aus. Einheitliche Wirtschaftsgebiete, wie das alte Österreich wurden zerrissen und in den neugebildeten Staaten mußte mühsam eine neue Wirtschaft aufgebaut werden. In anderen Staaten, wie in der Tschechoslowakei herrscht eine industrielle Ueberfülle, die das Land in Krisen stürzt. Aber auch das Wirtschaftsgelände Deutschlands ist total verstimmt worden. Die Loslösung wichtiger Teile, wie des eilassischen Erzbeckens, der obersteilischen Industrie und Kohlengebiete, der Verlust der Kolonien und andres, haben furchtbar einschneidende Wirkungen gezeitigt.

Die Arbeiterschaft aller dieser Länder wurde von den dadurch geschaffenen Krisen hin und her geschüttelt, und ist es auf den heutigen Tag noch nicht zur Ruhe gekommen. Eine Preistreibe und ein Lohnkampf jagte den anderen und dann wieder Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die wieder eine endlose Kette von Abwehrkämpfen notwendig machte. Die Arbeiterschaft hängt daher mit ihrer Existenz unter all diesen Krisenzuständen fortwährend in der Luft, kein Wunder, wenn die Unzufriedenheit einen unerträglichen Grad erreicht hat, der den rechts- und linksradikalen Elementen stets Nahrung gibt und die wirtschaftliche Konsolidierung noch mehr stört.

Aber auch die Industriellen empfinden die Unsicherheit der Lage immer mehr. Der Zusammenbruch des größten Teiles der im Kriege und der Inflationszeit gegründeten Konjunkturbetriebe, einer großen Anzahl von Banken und großen Industrieunternehmen, kennzeichnen diesen Zustand zur Genüge.

Run scheint sich durch die Londoner Verhandlungen und durch die Annahme der Verträge durch Deutschland doch eine Wendung zum Besseren anzubahnen. Durch die Zurückziehung der Ruhrbesetzung, die Freigabe der Kohlenwirtschaft, der Zolleinnahmen usw. dürfte sich die Wirtschaft in Deutschland langsam wieder konsolidieren. Die Deutschen werden daher an den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft schreiten und eine Reihe namhafter Volkswirte sind bereits damit beschäftigt, dem Reiche Richtlinien für eine rationellere, den neuen Verhältnissen angepaßte Wirtschaft anzuarbeiten. Deutschland wird jahrelang unter den Reparationslasten zu tragen haben, von denen einen namhaften Teil die Industrie aufgestrichelt bekommen wird. Die Industriearbeiter haben es verstanden, diese Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, durch Kürzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit u. v. Auf die Dauer wird dies aber nicht gehen und die Herren werden sich schon nach andern Wegen umsehen müssen.

Die Konsolidierung der Industrie und deren Mobilmachung für eine erhöhte und wirtschaftlichere Produktion ist unter dem Trüde der Lasten eine Notwendigkeit, soll die deutsche Industrie den Wettbewerb zu dem Weltmarkte trotz der ungünstigen Umstände aushalten. Dieses Problem zu lösen, beschäftigt die Köpfe der Volkswirtschaftler Deutschlands und es ist auch für die Arbeiterschaft wichtig, diesen Entwicklungsgang kennen zu lernen, da sie zu erst davon in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte, wenn es ihr nicht gelingt, diese Bestrebungen auch ihren Bedürfnissen entsprechend zu beeinflussen. Außerdem ist es interessant feststellen zu können, daß diese Bestrebungen und Projekte sich in sozialistischer Richtung bewegen.

So schreibt zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“ in einer langen Abhandlung des Dr. Unger-Sternberg darüber in wesentlichsten folgendes:

Für die Industrie bestand während der Inflationsperiode kein Anreiz, ihre Produktion zu modernisieren, da ihr spielend leicht die Milionengewinne in die Tasche flossen. Die Abstrafe hat eine Aenderung herbeigeführt und es wurden eine Reihe Organisationen geschaffen, eine größere Wirtschaftlichkeit der Produktion zu erzielen.

Als Mittelpunkt besteht das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk“ dem eine Reihe anderer Organisationen angegliedert sind, z. B. der „Normenausschuß der deutschen Industrie“, „Hauptausschuß für Wirtschaftlichkeit“, „Ausschuß für technische Schulwesen“, usw. Ziel aller dieser Organisationen ist die Mobilmachung der Wirtschaft für den industriellen Wettbewerb. In dieser Einrichtung steckt nun der Fehler, daß sie nur vom reinen und betriebswirtschaftlichen Standpunkte ausgehen. Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit muß aber in erster Linie auf nationalökonomischer Seite versucht werden und es müssen vor allem wirtschaftspolitische Fragen gelöst werden. Es ist jedenfalls ein Unfug, daß eine Reihe Fabriken derselben Branche auf alle möglichen Arten eingestellt sind, die in anderen Fabriken bereits besser erzeugt werden. Dadurch ist in den einzelnen Fabriken eine öftere Umstellung der Maschinen und Einrichtungen notwendig, was mit Kosten und oft auch mit Verlusten verbunden ist. Die Fabriken sollen auf gewisse Typen und Spezialartikel eingestellt werden und die Zusammenarbeit in einem Zentralverkaufsbüro organisiert werden, wie das ja heute schon freiwillig gewisse Syndikate und Kartelle in kleinem Maßstabe bereits tun.

Obwohl zugegeben wird, daß eine Auseinandersetzung und Vereinbarung über eine Spezialisierung der Produktion in den einzelnen Industriezweigen seine große Schwierigkeiten hat, sind sie doch nicht unüberwindlich und zum Teile bereits angebahnt. Der Zweck dieser wirtschaftlichen Umbaus kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die Firmen einer Branche gegenseitig verpflichtet werden, ihre Selbstkosten einer, mit befähigten Befugnissen ausgestatteten Stelle zu deklarieren, denn nur durch die Gegenüberstellung der Selbstkosten einzelner Werke ist es möglich, die Frage der Spezialisierung richtig zu beurteilen und zu entscheiden. Das könnte von den Industriellen in Form einer Selbstverwaltung gemacht werden, damit nicht erst bürokratische Apparate in Bewegung gesetzt werden müssen. Frigide Betriebsbetriebe werden das nicht zu fürchten haben, während rückständige Betriebe vor die Frage gestellt werden, entweder anpassen, oder sich niederkonkurrieren lassen. Beweis ist, daß die freie ungezügelt Privatwirtschaft heute bereits zu denselben Mitteln greift, um größere Sicherheit gegen Konjunkturschwankungen zu haben. Es ist also nur die Uebertragung und Ausgestaltung von Kartell und Syndikatsbestrebungen auf die Gesamtheit der Industrie. Ist ein Industriezweig aber erst einmal produktionswirtschaftlich so durchgebildet, so kommt die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Abgabes der Produkte von selbst. Vom Standpunkte der nationalen Ökonomie Deutschlands sind die wirtschaftsorganisatorischen Probleme viel wichtiger, als die rein technischen oder betriebswirtschaftlichen Fragen, mit denen sich z. B. das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit befaßt.

Der Zeitpunkt für diese Reformen wird gekommen sein, bis die Spreu vom Weizen geschieden, bis die Kriegs- und Inflationsbetriebe von der Wirtschafte verdrängt sind, was wohl in einigen Monaten der Fall sein dürfte.

Wenn wir uns mit diesen Ansichten auch nicht in jeder Einzelheit einverstanden erklären können, so kann man in diesem Vorschlage doch in groben Umrissen den Weg sehen, den bereits unsere Nationalökonomien als den natürlichen gewiesen. Der Vorschlag läuft auf eine Art Zwangsartikellierung der deutschen Industrie hinaus, die aber immer noch unter privatrechtlicher Leitung stehen soll. Darüber wird wohl noch von anderer Seite ein Wort mitgesprochen werden. Nichtsdestoweniger können wir beobachten, wie sich die Entwicklung zwangsläufig nach der von uns vorgezeichneten Richtung vollzieht.

Im Falle diese Organisation in Deutschland Wirklichkeit wird, was unter dem Druck der Verhältnisse sehr wahrscheinlich wird, die deutsche Industrie auch der tschechoslowakischen, die doch zum großen Teile auf den Export angewiesen, scharfe Konkurrenz machen und die technische und wirtschaftspolitische Ausgestaltung auch bei uns notwendig machen.

Daß sich diese Entwicklung nicht auf Kosten der Arbeiter vollzieht wird Sorge unserer Gewerkschaftsorganisationen sein, die für die nötige Aufsichtungsarbeit auf diesem wirtschaftlichen Gebiete unter den Arbeitern zu sorgen haben wird.

Die Teuerung.

Preise vom Vorjahr und von heute.

Wie ungeheuer die Preise gestiegen sind, lehrt ein Vergleich zwischen dem Vorjahr und heute. Im August 1923 kosteten 100 Kilogramm Weizen 130 K., Gerste 100 K., Korn 90 K., Kartoffeln 26 K. Heute dagegen kosten 100 Kilogramm Weizen 210 K., Gerste 230 K., Korn 175 K., Kartoffeln 60 K. Wie man sieht, haben sich also die Preise einzelner Bodenprodukte mehr als verdoppelt! An diesen Zahlen ist das geradezu erschreckende Maß der Teuerung faßlich zu erkennen!

Der Wucher mit Bier.

Das Ernährungsministerium hat zwar den Bezirksverwaltungen aufgetragen, der Verteuerung des Bieres mit allen Mitteln entgegenzutreten, aber die Bierbrauer geben keine Ruhe, die bürgerlichen Blätter sind voll von Klagen der armen Bierbrauer, die angeblich an den Rand des Ruins gebracht werden. Die reichen Bierbrauer drohen sogar schon, daß sie die Erzeugung auf ein Drittel einschränken werden, wenn ihnen die Regierung nicht sofort zu Willen ist und die Erhöhung der Preise gestattet. Welche Berechtigung die Klagen der Brauer haben, zeigt die Bilanz der Brauerei in W o l i n, welche den Anteilhabern für ihren ursprünglich bezahlten Anteil von 20 K. eine Jahresdividende heute von 800 K. zahlte und vor zwei Jahren sogar eine Dividende von 1000 K. und eine Superdividende von 1200 K. gezahlt hat. Die Herrschaften sind also nicht einmal zufrieden, wenn sie in einem Jahr drei vierzigfachen Anteil ihres Kapitals ins Verdienen bringen. Höher acht die Frechheit der Bierprohen nimmer!

Der tschechoslowakische Außenhandel vom Jänner bis Juli 1924.

Aktiven 650 Millionen Kronen.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht soeben die Ziffern der Einfuhr vom Jänner bis Juli. Die Einfuhr in die Republik in dieser Periode belief sich auf 2.733.414.214 Kilo und 556.889 Stück Waren im Werte von 8.492.848.007 Kronen.

Nach der bereits veröffentlichten Uebersicht über die Ausfuhr betrug diese in der gleichen Zeit 9.143.551.435 K.

Demzufolge war die Handelsbilanz für die Zeit mit 650.703.428 K. aktiv.

Teilweise Belegung des deutschen Exports.

Während der größte Teil der deutschen Industrie darüber klagt, daß er außerstande sei, auf dem

Weltmarkt mit anderen Staaten zu konkurrieren, liegen auch Berichte vor, die auf eine Belegung der deutschen Warenausfuhr schließen lassen. Die englischen Bevantexporteure z. B. merken in letzter Zeit sehr wohl die deutsche Konkurrenz. Insbesondere in Maschinen hat die Türkei große Bestellungen nach Deutschland vergeben. Für England sei es bald vollkommen zwecklos, Offerten nach der Türkei zu vergeben, da die deutschen Preise oft 50 Prozent und niedriger seien; außerdem würden von deutscher Seite Kredite von drei und sechs Monaten, in Einzelfällen sogar von einem Jahre gewährt. — Auch mit Australien belegt sich nach einem Bericht des „Konjunktur“ das deutsche Geschäft zusehends. Die deutsche Einfuhr hat in den ersten sieben Monaten 1924 die Summe von zwei Millionen Pfund Sterling überschritten. Auffallend ist der deutsche Import in Klavieren: 500 deutsche Klaviere wurden kürzlich in einer einzigen Woche eingeführt. Im übrigen ist Deutschland wiederum auch ein guter Abnehmer für australische Wolle geworden.

Kommunistische Gewerkschafter auf dem englischen Gewerkschaftskongress. Zum Kongresse der englischen gewerkschaftlichen Organisationen sind als Vertreter der Sozialgewerkschaftsverbände Tomskij (Mitglied der Sowjetdelegation in London), Amosow und Gorbacow nach London abgereist.

Kleine Chronik.

Die Tierwelt der höchsten Bergregionen.

Die verschiedenen Versuche zur Eroberung des „Daches der Welt“ haben unsere Kenntnis über den Widerstand, den die Tiere in den höchsten Bergregionen gegenüber den klimatischen Unbilden zu überwinden haben, wesentlich erweitert und vermehrt. Bedeutungslos erscheint insbesondere die Feststellung der Höchsthöhe, bis zu der Tiere vorzudringen vermögen. So ist beispielsweise der „Burhel“, eine Schafart, die im wilden Zustand im Gebiete des Himalaja heimisch ist, ein überaus scheues Tier. Aber wie Major Kingston in den Times ausführt, ist die Fortlebe dieses Tieres für die Moränen am Fuß des Mount Everest so groß, daß es bis auf 20 Meter an das Lager der Engländer herantam. Beiden dieser schönen Tierart steigen bis zur Grenze der Vegetation hinauf und erreichen nicht selten eine Höhe von 5200 Meter. In beträchtlichen Höhen zeigen sich auch die Zugvögel auf ihren Wanderzügen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß selbst kleinere Arten auf ihrem Flug die höchsten Gipfel der Erde überfliegen. Andre bewohnen die großen Hochplateaus. Es sind aber nicht die Zugvögel allein, die sich diese ungeheuren Höhen hinaufwagen. Viele Summfügel fliegen bis in ganz bedeutende Höhen, sofern sie dort noch Sumpfe finden. Darunter befindet sich eine Art Wildgans und ein rostfarbener Nöhrenschädel, die beide in einer Höhe von 4200 Metern im tibetanischen Sumpfgelände heimisch sind. Ähnliches gilt von den Wägeln, die an den Gebirgsbächen ihr Heim haben. Die Vertreter dieser Arten gelangen in einer Höhe von 4800 Metern bis zur Gletscherzone; ja, es gibt auch eine Art kleiner, grazioser Vögel, die gelegentlich noch viel höher steigen, obwohl sie sich im allgemeinen nicht von den Flußläufen zu entfernen pflegen. Kingston fand sie noch in einer Höhe von 6040 Metern am Fuß des Everest.

Andre Vögel gelangen sogar noch darüber hinaus. Aber es handelt sich dabei nicht um freiwillige Flüge. Der Hochflug ist hier durch die Nahrungssuche bedingt, oder die Vögel suchen einen Unterschlupf, während andere die Gipfel umkreisen, um sich für ihren Wanderflug zu orientieren. Hier ist beispielsweise ein prächtiger Vogel zu nennen, den man in den Bergabhängen häufig noch in einer Höhe von 6700 Metern antrifft. Hier und da hat man ihn sogar in 7000 Meter Höhe feststellen können. Die große Höhe scheint für die Vögel demnach kein körperliches Hindernis zu bilden. Das gilt schließlich auch für die Tibetener selbst, die bis zu einer Höhe von 4500 Metern ihre Hütten bauen, von denen aus sie ihre Herden in noch größere Höhen führen.

Was die niedere Tierwelt anbetrifft, so findet man eine kleine Eidechse, die in den höchsten Hochebenen in einer Höhe von 4200 Metern angetroffen ist. Unter vielen Steinen kann man beim Aufheben auch interessante Spideletten von Mistkäfern sowie Ameisenkolonien feststellen. Auch eine Wespenart steigt bis zu der Höhe von 4800 Metern auf. Die Zeit der Lebensstätigkeit dieser Wespen ist kurz bemessen, dafür aber um so intensiver. Und das ist auch nicht weiter verwunderlich bei diesen nur im Sommer kurz ist und in einer Höhe von 5300 Metern die Sonne ge speltene Ausnahmen bilden. Eine kleine Wespenart baut ihr Nest in Felspöhlen, in die sie einen Tunnel gräbt, um, im Hintergrund leuernd ihre Nest zu ergreifen. Auch viele Arten von Schmetterlingen erreichen eine Höhe von 5000 Metern, und es gibt heuschreckenähnliche Insekten, die an der äußersten Grenze des pflanzlichen Lebens, rund 6000 Meter über dem Meeresspiegel, noch angetroffen wurden. Kingston fand wie er berichtet, einen Hundstich in 5300 Meter Höhe und einen Wulstfuß unter einem Stein in einem gefrorenen Bach 5000 Meter hoch.

Auch auf den Hochgebirgen von Tibet ist in Flimmeln und Wägen ein reges Tierleben zu beobachten. Man findet da eine überaus große Menge an Fischen; aber man fragt sich vergeblich wie sie dort ihre Nahrung finden. An den Ufern der Teiche und Bäche gibt es schließlich viele Arten spiralförmiger Muscheln. Die Pflanzenwelt erstreckt sich im allgemeinen bis zu einer Höhe von 5500 Metern. Aber noch in einer Höhe von 6700 Metern wurden winzige schwarze Spinnen gefunden, die an den Stellen die der Wind vom Schnee gereinigt hatte, unter Steinen haften.

Entdeckung eines Amazonaskanals in China.

Ein Staat von Amazonen, die über die Mäntze ihres Stammes unumschränkt herrschen, ist in China von dem Leiter der Expedition, die die amerikanische Geographische Gesellschaft ausgesandt hat, Frederick R. Wulfin, entdeckt worden. Wie New Yorker Blätter melden, sind die Bewohner dieses Staates mongolischer Abstammung, heißen To-Runs und haben sich seit uralten Zeiten in dem wenig bekannten Teil West-Chinas angesiedelt, in dem die Quellwasser des Gelben Flusses liegen. Man nimmt an, daß die To-Runs u. die ihnen benachbarten Stämme seit Jahrhunderten im Herzen Sibiriens wohnen und ein merkwürdiges Rassenmisch darstellten. Aus ihren Rassenmerkmalen schließt man darauf, daß das Quellgebiet des Gelben Flusses einer der wichtigsten Mittelpunkte der frühen ostasiatischen Völkerwanderungen war. Die Frauen sind in diesem Staat die eigentlichen Herrscher, und zwar halten sie die Schönheit in ihrer Macht, sondern auf Grund eines uralten Mutterrechts, das den alten Frauen die höchste Würde verleiht. Da der anbaufähige Boden spärlich ist, so können nur wenige Familien ihren Unterhalt finden. Die Frauen haben daher das Recht, mehr als einen Mann zu ehelichen, und sie schließen Heiraten auf Zeit ab, die sechs Monate, sechs Wochen oder auch sechs Tage währen. Die Nachkommenschaft aus diesen Ehen scheidet in dem Mann ihren Vater, den ihr die Mutter als solchen vorstellt. Die anderen Männer der Frau gelten als „Onkel“ der Kinder. Familiennamen sind unbekannt, und von den Kindern wird als vom Sohn oder der Tochter der oder jener Frau gesprochen. Kaufen und Verkaufen ist nur den Frauen gestattet oder darf jedenfalls nur mit ihrer Einwilligung erfolgen. Sie führen den ganzen Haushalt. In einigen Teilen des Landes gilt die „Hut-wah“, die auch bei manchen anderen Mongolenstämmen vorkommt. Ein Mann darf den Hut einer Frau, die er auf dem Tempelgebiet antrifft, fortnehmen, und sie wird dann ohne weitere Zeremonie seine zeitwillige Frau. Männer und Frauen rauchen ein Kraut, das dem Tabak ähnlich ist. Als Geld werden zusammengepreßte Teemosen in flachem Form verwendet, und mit ihnen läßt sich jedes Verbrechen wieder aufmachen. So kostet zum Beispiel die Ermordung eines Priesters 200 Teesäcke, während für das Töten eines Fremden nur zwei bis drei Teesäcke bezahlt werden.

Wollentlager aus Eisenbeton. In Dallas (Texas) wurde ein Turmhaus in Eisenbeton von 78 Meter Höhe bei 19 Geschossen erbaut, das ausschließlich Räume für die Ausbildung des ärztlichen und zahnärztlichen Berufes und für den Verkauf von Medikamenten enthält (Medical Arts Building). Die drei untersten Geschosse nehmen die ganze Grundfläche des unregelmäßig gestalteten Bauplatzes ein. Auf sie bauen sich in treuzförmigem Grundriß die weiteren 16 Stockwerke auf, womit eine sehr günstige Luft- und Lichtverteilung verbunden ist. Die Abmessungen sind nach der „Technik für alle“: Längen der Hauptachsen 34 Meter, Flügelbreite 11,8 Meter. Der Kern des Gebäudes dient dem Verkehr, in den vier Ecken befinden sich die Arbeiteräume. Das ganze Gebäude wird von einer Treppenanlage, vier Aufzugschächten und einem Luftschacht durchzogen. Die Last des Bauwerks wird durch im ganzen zwanzig durch die Stockwerke laufende Eisenbetonstützen auf den Baugrund übertragen, der aus festem Fels besteht.

Das Wachstum der Fingernägel. Der Schweizer Forscher Dufour hat festgestellt, daß die Fingernägel bei den Kindern schneller wachsen als bei den Erwachsenen. Vom 30. Lebensjahre an verlangsamt sich ihr Wachstum, das bei den einzelnen Nägeln übrigens ungleich ist. Am schnellsten wachsen die des Daumens, am langsamsten die der kleinen Finger. Im Durchschnitt beträgt die Zunahme alle zehn Tage 1 Millimeter. Bis zum Alter von 50 Jahren schnidet der Mensch sich also auf den Fingern und den Zehen etwas mehr als 36 Meter Nägel ab.

Ein Bild in die „Steinzeit“. In einem Buche über Ostafrika beschreibt ein Amerikaner, Hermann Norden, die verschiedenen Grade der Zivilisation, die er in diesem seltsamen Erdteil kennen lernte. Die tiefste Stufe menschlichen Daseins fand er in den Rount-Elgin-Höhlen in West-Kenia. Dort traf er auf Menschen, deren Existenz sich kaum von der einer Kröte unter einem feuchten Stein unterscheidet. Er ließ einige Glasperlen zwischen die Bambusstäbe fallen, die eine enge in die Höhlen führende Öffnung verschlossen. Ein kleiner Knabe erschien. Ihm folgte ein Ding auf allen Vieren, etwas das aussah, wie ein lauerndes Tier, das sich langsam wie ein Schildkröte fortbewegte. Das Kind führte das jammervolle Geschöpf zu einem Schlammhaufen. Wir sahen dann, daß er ein unfähig altes Weib war, ein Alelet, mit einer runzligen, schwarzen Haut bedeckt. Sie war in einer dünnen Aubhaut gehüllt. Ihr Gesicht war nicht größer als meine Hand. Ihre trübigen Augen blinzelten. Man wachte nicht, ob sie das Tageslicht seit Monaten oder seit Jahren nicht mehr gesehen hatte. Der Verfasser gab ihr Perlen. Andere kamen aus der Höhle und erhielten ebenfalls Perlen. In den Höhlen war Dunkelheit und verfaulte Schlamm. Das Weib teilte sie mit den Menschen. Das alte Weib froh, von dem Kinde geliebt, wieder in ihr Loch zurück. Dem Verfasser erschien sie nicht nur nahe dem Tier, sondern die Verkörperung des Tieres selbst, so wie die Höhlen, die noch von seinem Dugend weicher Menschen besucht wurden, ihn wie eine Szenerie der Steinzeit annaheten. — Im Gegensatz dazu erzählt er von dem Haus eines alten Arabers am alten Sklavenmarkt in Sansibar, wo man ihm einen Einblick gestattet in die alten Geschäftsbücher der Firma von den Preisen für Sklaven — von 45—135 Pfund für Erwachsene und 25 bis 50 für Kinder. — Und als drittes Bild das neue Afrika um Nairobi, mit seinen Siebfern, seinen Eisenbahnen Autos, Billen und Farmen.

